

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1888 unter Nr. 849.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeilen oder deren Raum 25 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Die dritte Berathung des Sozialisten-Gesetzes.

Der Beginn der heutigen Sitzung wurde auf Vormittags 10 Uhr festgesetzt, um mit der Berathung und Abstimmung zu Ende zu kommen. Der Besuch des Hauses ist ein wenig schwächer. Zunächst ergriff der Kriegsminister das Wort, um in dem Besonderen des Deserteurs und Vespertiers Haupt eine Erklärung zu geben. Derselbe sei nicht, weil er einen Unteroffizier geschlagen habe, sondern umgekehrt deswegen, weil ein Unteroffizier ihn geschlagen habe. Ein militärisches Vergehen nach dieser Richtung lag daher nicht vor. Eine Geldstrafe von 150 Mark sei derselbe in dem Besonderen allerdings verurtheilt worden, dieselbe aber die weiteren militärischen Folgen für Fahnenflucht nicht. Habe Haupt dies angenommen und auch Herr Bebel aus den Briefen des Regiments-Kommandos entnehmen zu lassen geglaubt, so sei dies eben ein Irrthum. Bebel, der sofort nach dem Kriegsminister das Wort ergriff, teilte mit, daß er im Begriff gewesen sei, ganz aus eigener Hand ihm in der ersten Lesung ohne seine Schuld unter dem Namen zu berichten und der Militärverwaltung die nöthige Genugthuung zu geben. Er habe zu diesem Zweck die Originale des Briefwechsels mitgebracht und sei auch bereit, dieselben herbeizuschaffen. Aus den dann wörtlich gelesenen Briefen ging allerdings nicht mit voller Bestimmtheit hervor, ob Haupt noch eine weitere Strafe zu erwarten habe, ob Ganze mit der Feldbusse abgethan war. — Zur Sache gehend, wies Bebel darauf hin, daß man im Jahre 1874 ein Gesetz erlassen habe, als ob die Attentate des Sozialisten-Gesetzes gewesen seien. Nun sei aber längst nachgewiesen, daß diese beiden Attentäter mit der Sozialdemokratie nichts zu thun gehabt, daß Hddel in Leipzig mit seinen Schanden aus der sozialistischen Partei ausgeschieden, dann zu den Gegnern übergegangen, dort sogenannte „Enthaltungen“ gemacht, von diesen Gegnern mit Geldstrafen bestraft wurde, um nach Berlin zu gehen, sich der Stöcker'schen Anschläge und des Attentats an dem Kaiser zu widmen, unternehmen habe. Dies Alles sei auch zwei Jahren von der „Kölnischen Zeitung“ zugestanden worden, trotzdem aber sollte es von den Gegnern Niemandem in der Sozialdemokratie die schuldige Ehrenerklärung offiziell zu lassen, heute noch müsse sie unter jenen falschen Voraussetzungen leiden. Wenn allerdings die herrschenden Klassen erkennen, die „berechtigten Bestrebungen“ der Arbeiter und müßten das Sozialistengesetz aufheben, wenn die Sozialdemokraten sich bereit erklärten, auf weitergehende Forderungen zu verzichten, so werde dieses Gesetz in „alle Ewigkeit“ bestehen bleiben, die Gegner als „berechtigt“ anerkennen, sogar der ganze Reichstag, das sei zwar sehr nöthig im Rahmen der heutigen Produktionsweise, sei aber nicht eigentlich sozialistisch. Für

die Neuerung: „die Sozialdemokratie habe das deutsche Kaiserreich gezwungen, eine staatssozialistische Maske vorzunehmen“, erhielt der Redner von dem den Vorsitz führenden Vizepräsidenten Duhl einen Ordnungsruf. (Von Seite des Herrn v. Bebel-Biesdorf würde dies unstrittig nicht geschehen sein, aber die „liberalen“ Herren Präsidenten sind von jeher, namentlich gegen sozialdemokratische Redner, viel weniger objektiv gewesen, als die konservativen.) — Ein höchst aufmerksames Ohr bei allen Parteien fanden die wirklich geistvollen Ausführungen des Redners über den Begriff der „Revolution“, insbesondere auch seine Hitate aus den Werken nicht sozialistischer Schriftsteller über dieses Thema und über die Möglichkeit der Verhütung von gewaltthätigen Umwälzungen durch rechtzeitige ehrliche Durchführung ausreichender sozialer Reformen. Nicht bedenkliche Gesichter machten verschiedene von den Herren „Führern“ der Nationalliberalen, als Bebel ihnen unter Aufzählung einer Reihe von Beispielen vorhielt, wie gerade sie es gewesen, die Schritt für Schritt jegliche politische und bürgerliche Freiheit preisgegeben und der Reaktion Vorpostendienste geleistet haben. Auch die Vergleiche der Zustände in Deutschland mit denen in Frankreich, Italien, Dänemark, England u. s. w. machten einen erschütterlichen Eindruck, der aber freilich bei den eingeseiften Anhängern der Ausnahmelegislation niemals so tief einwirkte, um ihre Verleugung herbei zu führen. — Die Sozialdemokratie, dies hob Redner besonders hervor, habe sich in Deutschland trotz aller sie bedrückenden Maßregeln, während der ganzen Dauer des Ausnahmegesetzes stets vollkommen innerhalb der Grenzen des gemein ein Recht gehalten; trotz der raffiniertesten Polizeispionage, die in Berlin u. A. so weit gehe, daß jeder sogenannte Kriminalbeamte, der die Arbeiterbewegung zu beobachten habe, sich innerhalb der Arbeiterkreise einen „Vertrauensmann“ halte, der mit ziemlich hohem Betrag honorirt werde, konnte so unendlich wenig belastendes Material zu Tage gefördert, konnten so wenige Personen dem Richter überwiesen werden, daß man sich in der That wundern müsse, wozu denn eigentlich das viele Geld ausgegeben werde; es gehe daraus aber auch unabweislich hervor, daß die sozialistischen Arbeiter in Wirklichkeit keine Ungehorsamkeiten begehen. Auf den Fall Fischer übergehend, erklärte Bebel, daß Polizeihauptmann Fischer ihm und Singer gar keine direkten Mittheilungen aus den Untersuchungskasten gemacht, sondern nur das amtlich bestätigt habe, was sie von anderer Seite schon erfahren hatten. Dagegen sei es gerichtlich festgestellt, daß dem in letzter Zeit oft genannten „Schutzmann“ Raporra gerichtliche Akten zur Durchsicht ausgehändigt worden seien, was dies auch schon in anderen Fällen, u. A. auch in dem 1870 gegen ihn (Redner) und Lieblnecht anhängig gewesenem Hochverratsprozesse der Fall war. Die von Herrn von Puttkamer in der Kommission bestrittene Thatfache, daß die „Freiheit“ durch Vermittelung des Spiegels Schröder mit preussischen Polizeigeld bezahlt worden sei, müsse er nach den vorliegenden Beweisen und Indizien völlig aufrecht halten; durch den schweizerischen Bundesrath sei auch weiter unzweifelhaft festgestellt, daß der bekannte Herr von Ehrenberg in der Schweiz der anarchistischen Bewegung angehört und gegen sein Vaterland konspirirt

hat; trotzdem aber habe man noch nichts davon gehört, daß gegen diesen „Herrn“ das militärische Ehrengerichtungsverfahren eingeleitet worden wäre, wie dies gegen den früheren Major Hingewegen wegen deutschfreisinniger Agitation und fürzlich gegen einen sächsischen Militär-Arzt wegen einfacher Ungehorsamkeit zur Sozialdemokratie geschehen sei. Auch die Mittheilungen des Ministers über den Posener Prozeß, die er in erster Lesung gemacht, seien — wie aus den Aufzeichnungen eines der Anwälte ersichtlich — in wesentlichen Punkten unrichtig. Bezüglich der Zeugen Ibring, Nahlow und Raporra sei es nachgewiesen, daß dieselben bei verschiedenen Gelegenheiten Aussagen gemacht hätten, die der Wahrheit nicht entsprechen, es habe sich aber bis jetzt kein Staatsanwalt gefunden, der sie dieserhalb angeklagt hätte; Ibring, Nahlow habe hiesigen Sozialdemokraten eine Geheimschrift gelehrt und dazu das Stichwort „Kauf Revolver“ gewählt. In ähnlichem Geiste bewegte sich die „Thätigkeit“ der in preussischem Polizeidienst stehenden oder gestanden habenden Friedemann, Trautner, Neumann, Elias Schmidt, Weich (Bafel) u. s. w. u. s. w. — Wenn nun von gegnerischer Seite gefragt werde: ja, was hat denn dies Alles mit dem Sozialistengesetz zu thun? so antwortete er: ohne dieses Gesetz hätten wir auch dieses forumpirrende Spionagesystem nicht. Wenn Sie daher diese Früchte des Gesetzes nicht billigen, so ungefähr schloß Redner, so schaffen Sie auch das Gesetz selbst aus der Welt, denn dasselbe wird dereinst die Grube seiner eigenen Anhänger werden.

Herr von Puttkamer erklärte vorspoornherein, dem Vorredner auf dessen historische Ausführungen und die daran geknüpften Schlussfolgerungen nicht folgen zu wollen. Als Antwort darauf möchte er nur dem Hause empfehlen: nehmen Sie die Verlängerung des Gesetzes an. Etwas weniger kurz, aber eben so bequem, war die Zurückweisung, welche der Herr Minister den neuerlich gegen die Geheimpolizei erhobenen Anschuldigungen zu Theil werden ließ. Herr von Puttkamer begann einfach eine Reihe von Sätzen: Es ist vollkommen unrichtig, daß u. s. w. So in Bezug auf Ehrenberg, gegen den übrigens jetzt das militärgerichtliche Verfahren, in welchem Herr Bebel als Zeuge zu fungiren haben werde, eröffnet sei; so in Bezug auf Haupt; so in Bezug auf Schröder und den Druck der „Freiheit“; so in Bezug auf Raporra und Ibring, Nahlow, auf welche beiden „Unschuldigen“ die Sozialdemokraten seit langer Zeit stürzten, wie ein Hundel hungrierer Wölfe; so in Bezug auf alles Andere, was in der Richtung vorgebracht worden; es sei eben einfach „Alles erfunden“! Irgend welchen Beweis hat, so weit wir das zu beurtheilen verstehen, der Herr Minister diesen Behauptungen nicht hinzugefügt. Dagegen behauptet er, daß der Züricher Polizeihauptmann von seinen Vorgesetzten jetzt als für ein „vollkommen vertrauensunwürdiges Subjekt“ gehalten und als solches bezeichnet würde! Ferner: „die Sozialdemokraten drängten sich massenhaft zur Beschäftigung als Polizeispione“. — Nüchtern leidenschaftlich waren seine Angriffe gegen den Abg. Dr. Bamberger wegen dessen Ausführungen, die er in erster Lesung über die geheimnißvolle Art, in der die bewusste

Feuilleton.

Der Erbe.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

Witte schüttelte mit dem Kopf, fand sich aber darein, Beile auszuhalten, denn ewig konnte es ja nicht dauern, vielleicht kam auch eine leere Droschke vorüber, die er angerufen hätte. Wer aber hat schon je bei Regenwetter, wenn er sie am notwendigsten brauchte, eine leere Droschke gefunden? Es kommt gar nicht vor, und überwiegen die Droschkenkutscher in solcher Zeit einzukommen wie die Fliegen, denn man trifft nur in Ausnahmefällen von ihnen auf der Straße. Der Staatsanwalt hatte denn auch vergeblich eine volle Viertelstunde und sich ein paar Mal vor, lieber mitten in den Regen hineingehen und scharf an den Häusern wegzulaufen. Jedesmal wenn er zu solch' einem halben Entschlusse gekommen war, es, als ob es mit frischen Kräften zu gießen anfing; Witte gar nicht daran, aufzuhören, und er gab jedesmal Versuch wieder auf. Wie er noch so dastand, arbeitete sich ein Herr mit einem großen hellblauen seidnen Regenschirm an der Straße vorüber; gerade aber als er vor dem Thorweg war, ein plötzlicher Windstoß die Straße herunter, sagte den Schirm und Klappe im Nu die Fischbeinstäbe ab, während eine benachbarte Dachtraufe, welche durch den Windstoß eine andere Richtung erlangt, ihren vollen Inhalt über den unglücklichen und vollständig wehrlosen Eigenthümer des Schirmes ausgießte. „Du meine Güte!“ sagte der Mann und fuhr einem Seitensprung so rasch in das Haus hinein, daß Witte kaum aus dem Weg kommen konnte. Dort bog er vor, um wenigstens erst einmal das Größte von Gut ablaufen zu lassen; dann nahm er die Brille ab, diese klar zu wischen, denn er war vollständig über-

schüttet worden, und Witte erkannte jetzt erst in dem Eingeregneten den Rath Frühbach. „Ei, ei, mein lieber Herr Rath“, sagte er, „Sie sind ja in ein ganz gehöriges Sturzbad hinein gerathen. Das nenn' ich ja vollkommen unter Wasser gesetzt. Es ist aber auch wirklich ein Hundewetter.“ Rath Frühbach brauchte einige Zeit, bis er seine Schwärze wieder in Ordnung hatte, denn er erkannte den Staatsanwalt nicht gleich an der Stimme. Während er aber die Brille noch abwuschte, bog er den Kopf herunter, als ob er sie auf der Nase hätte und darüber hinweg sehen wollte, und rief plötzlich aus: „Ei, mein lieber Herr Staatsanwalt, das ist mir ja ein ganz besonderes Vergnügen, Sie hier so zufällig zu treffen! Das nehme mir aber kein Mensch übel, so ein Wetter ist ja noch gar nicht dagewesen — dreht Einem den Schirm ordentlich um. Aber so ist es mir einmal in Schwerin gegangen. Da spazierte ich auch in aller Gemüthlichkeit, bei fast wolkenlosem Himmel, ein Stückchen vor die Stadt hinaus, hatte aber doch den Schirm aus Vorsicht mitgenommen, als plötzlich ein Gewitter ankommt, und ich war draußen auf freiem Felde, und wenigstens auf tausend Schritt nach keiner Richtung hin ein Haus. Na, ich spannte den Schirm auf, und nun dicke durch. Ja, aber das wurde immer ärger, das regnete, als ob es mit Mulden gösse, genau so, wie jetzt da draußen, und es hörte auch den ganzen Nachmittag nicht auf.“ „Wenn wir nur eine Droschke bekommen könnten“, sagte der Staatsanwalt, der ungeduldig indessen auf die Straße hinaus sah; „ich habe gar nicht einmal so lange Zeit, ich muß nach Hause, und nun das Wetter — mit meinen dünnen Stiefeln — wenn ich nur wenigstens Gummischuhe mitgenommen hätte!“ „Die helfen auch nicht viel“, sagte der Rath. „Da kam ich einmal Abends in Schwerin aus dem Theater; es war auch nasses Wetter gewesen und ich hatte meine Gummischuhe mitgenommen. Während der Vorstellung mußte sich aber der Wind gedreht haben; es wurde bitter kalt und froh, und wie ich nur hinaus auf die steinerne Treppe trete, fühle ich schon, daß ich zu rutschen anfangen. Ich trete also sehr vorsichtig hinunter auf das Pflaster, erst mit dem

rechten und dann mit dem linken Fuß, und immer ein bißchen weiter, und so bin ich den ganzen Weg nach Hause gegangen.“ Der Staatsanwalt überlegte sich eben, ob er nicht lieber dem Regen und einem jedenfalls darauf folgenden Schnupfen, als den endlosen Erzählungen des Raths trohen sollte, als hinter ihnen eine Frau die Treppe herunterkam, auf welche Rath Frühbach, da er gerade wieder seinen Schirm in Ordnung brachte, gar nicht achtete. Es regnete noch mit derselben Hartnäckigkeit weiter, und die Frau spannte unten im Flur, ohne sich um die Herren zu bekümmern, ihren Schirm auf, wollte eben hinaus in den Guß treten, als ihr Auge zufällig auf Rath Frühbach fiel, der in seiner aufmerksamen Weise Platz machte. „Ne, so 'was lebt nicht!“ rief sie plötzlich im größten Erstaunen aus. „Da ist er ja — wenn man den Wolf nennt, kommt er gerennt! Ist auch ein vortreffliches Plätzchen hier, um andere ehrliche Leute schlecht zu machen und zu bereden, nicht wahr? Ja wohl, kann ich mir denken! Aber jetzt wollen wir einmal sehen, ob die Gerichte das zugeben! Wenn noch Recht und Billigkeit im Lande ist, so will ich's schon finden, darauf können Sie sich verlassen, und Ihren sauberen Major, den lauf' ich mir noch dazu!“ „Liebe, beste Frau“, sagte der Rath, „der zu seinem Entsetzen die Frau Müller aus Bollmers erkannt hatte und jetzt nicht übel Lust zu haben schien, seine ganze Existenz abzuleugnen, denn der Staatsanwalt durfte auf keinen Fall etwas von der Geschichte erfahren.“ Madame Müller war aber nicht die Frau, irgend jemand Anderes reden zu lassen, so lange sie noch etwas zu sagen hatte, und die wohlwollende Anekdote reizte sie ganz besonders. „Der Teufel ist Ihre Liebe, beste Frau!“ rief sie zornig und schien nicht übel Lust zu haben, den schon geöffneten Schirm wieder zu schließen. Sie sollen mir aber vor's Messer, darauf können Sie sich verlassen, und wenn ich...“ „Heh, Droschke! Droschke!“ rief der Staatsanwalt auf die Straße hinaus. Er begriff nicht recht, was Rath Frühbach mit der Frau haben oder gehabt haben konnte, hatte

und in den Zuchthäusern zu Waldheim und in unseren Ge-
... die flandrischen ...
... der Bevölkerung, das heißt von denen, welche
... eigener persönlicher Erfahrung urtheilen, der Behandlung
... in unseren Anstalten und Korrekturen vorgezogen
... wie durch die bekannte Brandstiftungs-epidemie unter den
... handgreiflich bewiesen wird. Daß die Behand-
... in den schächlichen Gefängnissen verletzungsweise eine sehr
... ist, obgleich auch die schächliche Gefängnisordnung die
... zuläßt, sei ausdrücklich anerkannt. Eine grausame
... wird durch eine milde Praxis aber nicht gerechtfertigt.
... durch wie ihm wolle, die Meeraner Kartellbrüder haben
... ihre famose Armenordnung ein bleibendes Denkmal
... Apropos, was die „Leipziger Zeitung“ unter „Standal-
... verzieht? Wohl die Presse, welche den Skandal auf-
... hat? Dann wäre es ja eine Schande, nicht zur „Stan-
... zu gehören. —

**Unter dem Namen „Südwest-Afrikanisches Gold-
syndikat“** hat sich jetzt nach einer Zuschrift der „Nat.-Ztg.“
eine Gesellschaft mit folgendem Zweck gebildet: Im deutschen
Gebiete von Südwestafrika Untersuchungen und Schür-
arbeiten auf Mineralhöhe vorzunehmen, Verleihungen auf Ab-
bau von Gold- und Edelfeinstoffen und Bergwerkeigentum
zu erwerben, wirtschaftliche Einrichtungen aller Art,
sowie mit der Gewinnung von Gold u. zusammenhängen-
den Arbeiten und in eigenen Betrieb zu nehmen, die erworbenen
Anlagen und gemachten Anlagen wieder zu veräußern und
oder Aktien- oder Bergwerksgesellschaften zu bilden,
einzelne oder sämtliche erworbenen Vermögensobjekte
übernehmen. — Bisher sind der Gesellschaft
Mitglieder beigetreten, unter denen sich die Direction
des Bergwerks, S. Bleichröder, Deutsche Bank, Dres-
dener Bank, Rheinische Kreditbank, Herzog von Ujest, Fürst
Graf Densel von Donnerstern, Geheimrath Daniel,
Kammacher u. befinden. Die Geschäfte des Syndikats werden
einem Ausschusse geführt, bestehend aus den Herren: Ober-
bergrube a. D. Weber, Senator a. D. Leichen, Freiherrn von
Lehmann, Geheimen Kommerzienrath Neubauer und Freiherrn
von a. Lypenbrim. Die Zuschrift behauptet, es bestünde
ein Verbot der Goldgrube in Südwestafrika, erheblich und ausge-
dehnt zu sein. Die Engländer ständen bereit, sich auf die Aus-
führung der Goldgrube im südwestafrikanischen
Gebiete nicht entgegen zu lassen, so müßte der Unterneh-
mer sich schleunigst betheiligen. Es sei dazu die höchste
Bewilligung des Kaisers erforderlich, die den
Bergbau regeln und das Schutzbereich zu freiem Bergwerks-
betriebe eröffnen wird, siehe nahe bevor. — Welche Wirkung
dieser Lokut ausüben wird, muß abgewartet werden. Ganz
unabhängig aber ist es nicht, daß, nachdem schon die Kolonial-
verwaltung für Südwestafrika sich vergeblich bemüht hat, das er-
forderliche Kapital aus ihrer eigenen Mitte aufzubringen, nun
das neugebildete „Gold-Syndikat“ mit ersten Firmen
an der Spitze wiederum das Geld anderer Leute erst
erhalten, um sich die „unerwarteten Vorteile“ des Goldlandes
entgehen zu lassen.

Von den 62 Berufsgenossenschaften haben bereits
Anfallverhütungsvorschriften mit Genehmigung des Reichs-
versicherungsamtes erlassen; bei den anderen Genossenschaften
sind die in Vorbereitung. Für alle Industriellen wird deshalb
für die künftige Klasse des Reichsversicherungs-
amtes von Interesse sein: „Seitdem die Berufsgenossenschaften
Anfallverhütungsvorschriften geschildert sind, ist
das Reichsversicherungsamt von Erfindern und Vertretern von
Betrieben darum angegangen worden, ihre zur Verhütung
von Unfällen in gewerblichen Betrieben bestimmten Apparate u.
Berufsgenossenschaftlichen Organen und Betriebsunternehmern
empfehlen. Diese Eingaben waren in der Regel von dem
Erfinder begleitet, ein Exemplar der betreffenden Apparate
zur Verfügung stellen zu dürfen. Den Geschäftleuten
erwidert, daß die Einführung von bewährten
Sicherheitsvorrichtungen im Interesse der Verhütung von Unfällen
von den Aufgaben der auf Grund der Unfallversicherungsgesetz-
gebildeten Berufsgenossenschaften gehöre, aber nicht
von hier aus zu erfolgen habe. Es müsse
den Erfindern von Sicherheitsvorrichtungen überlassen
bleiben, sich im Interesse der Verbreitung ihrer Erfindungen
in Verbindung mit den Vorständen der betreffenden Berufsgenossenschaften
Anstrebungen zu setzen. Auch gutachtliche Atteste und
Erfahrungen betreffs erfundener Schutzvorrichtungen auszu-
stellen liegt nicht im Bereich der Funktionen des R.V.A. Als
Beweise für die Zweckmäßigkeit der Vorrichtungen zu mehreren
Bereichen, glaube das R.V.A. im Interesse der den Berufs-
genossenschaften hinsichtlich der Unfallverhütung auferlegten eben-
falls wie wichtigen Aufgaben zu handeln, wenn es
überhaupt, durch Annahme und Sammlung der angebotenen
Sicherheitsvorrichtungen einen Mittelpunkt für den Austausch
von Erfahrungen auf diesem Gebiete, eine Orientierungsquelle
für die Mitglieder und Organe der Berufsgenossenschaften, ins-
besondere für die Beauftragten (Revisionsingenieure) zu schaffen
kann, auch aus anderen Anzeichen zu folgern war, daß eine
nach Art einer ständigen Ausstellung gehaltene Samm-
lung, welche speziell und ausschließlich die Fragen der Unfall-
verhütung ins Auge faßt und sich durch laufende Aufnahme aller
bemerkenswerten einschlägigen Erfindungen ergänzt, bei
dem großen Anstrome der Unfälle in den versicherten Betrieben —
im Jahre 1887 gelangten 113 594 Unfälle, darunter 17 142 ent-
schädigungspflichtige, zur Anmeldung — einem in industriellen
Betrieben überhaupt empfindlichen Bedürfnisse entgegen kommen
würde. Die Aufnahme, welche die Mittelstellung von der Anlage einer
Sammlung bei den beteiligten Firmen fand, und die
entsprechend erhebliche Zahl der in kurzer Zeit für die Samm-
lung eingelangten Gegenstände haben jene Annahme vollaus be-
stätigt. Aus den eingelaufenen Mittheilungen geht hervor,
daß die Entschädigung, an der diesseitigen Zentralstelle für die
Anfallverhütung der Unfallversicherungsgesetze, welche in befähigter
Verbindung mit den berufsgenossenschaftlichen Kreisen steht, und
welcher sich auch ein lebhafter persönlicher Verkehr mit den
Vorständen der Berufsgenossenschaften, mit Betriebsunternehmern
versicherten Personen vollzieht, eine Sammlung von Appa-
raten, Modellen u. s. w., zur Förderung der Unfallverhütung
angeht, mit großer Betriedigung aufgenommen worden
ist. In dem R.V.A. Vorstehendes den Vorständen zur
Kenntnisnahme bringt, bemerkt dasselbe ergeben, daß
der Leiter der Eröffnung der Sammlung für den Besuch der
beteiligten Kreise demnächst mitgetheilt werden wird.“

Ein neuer antisemitischer Feldzug, so triumphirt die
„National-Zeitung“, wurde in den letzten 14 Tagen auf
der Erde in Weisbaden aufgeführt. „Auf Einladung des
Rathes (Witten) hat Herr Liebermann von Sonnenberg an
den Herren, Gelsenkirchen, Münster, Lünen, Waltrop, Langendreer,
Dortmund, Essen und Bielefeld, Vorträge über die
Anfrage gehalten, welche überall ein zahlreiches Publikum
anzog, was sich schon in der Bildung mehrerer neuen Reform-
vereine kundgab.“ u. s. w. — Man vergleiche mit dieser Nach-
richt die Neuherausgabe des Abg. von Cynern im Abge-
ordnetenhaus am 13. Februar, welche Herr von Cynern gerade
in der „National-Zeitung“ in ihrem stenographischen Wort-
protokolle veröffentlicht. Herr v. Cynern sagte: „Nun, meine
Freunde, die Judenfrage ist eine spezifisch belgi-
sche (also) rechts, wir in der Provinz haben
dies mit zu thun, wir leben dort ruhig und fried-
lich, auch mit unseren jüdischen Mitbürgern, und ich muß ge-
stehen, daß ich immer mit dem allergrößten Erstaunen diese
antisemitischen des gegenseitigen Hasses und der Berachtung ver-
stehende, die hier zwischen Christen und Juden an Licht treten.“

Deshalb kann ich ganz objektiv darüber urtheilen, ich begreife
das nicht.“

**Zu den Reichstagsverhandlungen über das Sozia-
listengesetz** wird der „Frankf. Ztg.“ aus Zürich gemeldet, daß
dieselbe eine von gegen tausend Personen besuchte Volksver-
sammlung dem Polizeikommissar Fischer wegen seines Verhaltens
in der Spizellaffäre ihren Dank ausgesprochen habe. Von dem
Bundesthatsrat wird verlangt, er möge gegen die Spizell-
schreiter, insbesondere das Strafrecht ergänzen, damit jene, statt
wie bisher bloß ausgewiesen, auch wirklich bestraft werden
können. Die Versammlung protestirte ferner gegen die Ein-
schränkung des Asylrechts. (Vgl. auch unsere Original-Korresp.
aus Zürich. Red.)

Langensalza, 10. Februar. Eine für die hiesige freireli-
göse Gemeinde prinzipiell wichtige Entscheidung wurde gestern
von dem hiesigen Schöffengericht gefällt. Angeklagt war der
Prediger der freien Religionsgemeinde aus Nordhausen, Dr.
Karl Schramm, wegen Uebertretung der §§ 9 und 12 des Ver-
einigungsgesetzes vom 11. März 1850. Zu Grunde lag der Anklage
die Thatfache, daß der Angeklagte am 15. März 1887 bei Ge-
legenheit des Begräbnisses eines der freireligiösen Gemeinde an-
gehörigen Langensalzaer Bürgers ohne Einholung der polizei-
lichen Erlaubniß auf dem Kirchhofe daselbst eine Grabrede hielt.
Die Anklage erklärt nun das Begräbnis für „eine Versammlung
unter freiem Himmel“, für welche nach § 9 des Vereinsgesetzes
die polizeiliche Erlaubniß notwendig sei, der Angeklagte also
sich nach § 12 desselben Gesetzes strafbar gemacht habe, weil er
in einer polizeilich nicht genehmigten Versammlung als Redner
aufgetreten sei. Der Angeklagte gab die Thatfache, an jenem
Tage eine Grabrede gehalten zu haben, zu, bestritt jedoch, da-
durch das Vereinsgesetz verletzt zu haben, da es sich hier nicht
um eine „Versammlung unter freiem Himmel“, die § 9 im
Auge habe, handle, sondern um ein gewöhnliches Leichenbegäng-
nis, für welches nach § 10 desselben Gesetzes weder eine polizei-
liche Genehmigung noch überhaupt eine Anmeldung not-
wendig sei. Er beantragte infolge dessen eine kostenlose Frei-
sprechung, sowie die Uebnahme der notwendigen Kosten der
Verteidigung auf die Staatskasse. Der Amtsanwalt schloß sich
den Ausführungen des Angeklagten durchaus an und stellte
gleichfalls den Antrag auf Freisprechung, auf welche der Ge-
richtshof nach kurzer Berathung auch erkannte, indem er in den
Urtheilsmotiven ebenfalls die Ausführungen des Angeklagten
alsgründete.

Oesterreich-Ungarn.
Wien, 13. Februar. Die mit der Organisation der staat-
lichen Arbeiter-Unfallversicherung verbundenen Arbeiten
beschäftigen gegenwärtig lebhaft das versicherungstechnische Bureau
im Ministerium des Innern. Es handelt sich um die Schaffung
einer Institution, für welche auch Oesterreich noch kein Prä-
zedenz befigt, und die Aufgabe ist eine umso schwierigere, als
weder das Vorbild, noch die Erfahrung der staatlichen Unfall-
versicherungs-Organisation im Deutschen Reich, welche sich in
wesentlichen Punkten von der österreichischen unterscheidet, als
Leitfaden dienen können. Die österreichische Organisation be-
ruht nämlich nicht auf Berufsgenossenschaften, sondern auf dem
Prinzip der territorialen Zusammengehörigkeit, ein Modus, von
dem man sich in Regierungskreisen mit Recht eine wesentliche
Ersparniß der Betriebskosten verspricht. Die Höhe der letzteren
in Deutschland hat einigen Anstoß erregt. Die vermehrten
Aufgaben, welche auf solche Weise unserem versicherungstechni-
schen Bureau zugefallen sind und die Nothwendigkeit der Her-
anbildung eines sachmännlich geschulten Beamtenpersonals haben
den Gedanken der Umwandlung des versicherungstechnischen
Bureaus in ein selbstständiges Versicherungsamt nahegelegt.
Man hat dabei zugleich die Bildung eines Rathes mit be-
rathender Stimme im Auge, dessen Mitglieder zum Theil aus
der Mitte der Versicherungsanstalten, zum anderen Theile aus ge-
eigneten Persönlichkeiten der Industrie- und der Handelskreise
erwählt werden sollen.

Schweiz.
Zürich, 14. Februar. Das Vorgehen des Bundesraths gegen
den Polizeihauptmann Fischer erregt in demokratischen und
sozialistischen Kreisen lebhaften Unwillen und es soll sich am
nächsten Dienstag eine Volksversammlung mit der Sache be-
schäftigen. Es läßt sich erwarten, daß sie sich zu einer großen
Demonstration zu Gunsten Fischers gestalten wird. Der radika-
le „Winterthurer Landbote“ giebt etwas Del in die erregten
Bogen und sucht beschwichtigend zu wirken. Er erinnert an
die Retschajew'sche Affäre. Der damalige Bundespräsident
Dubs richtete Brief über Brief an die Züricher Regierung,
worin er die Auslieferung forderte, während die Züricher Re-
gierung entschieden widerstrebte. Endlich fügte sich dieselbe und
Retschajew wurde wirklich ausgeliefert. Nach einiger Zeit trat
Dubs aus dem Bundesrath und wurde Mitglied des zürcher-
schen Kantonsraths. „Hier griff er in einer glänzenden Rede die
Züricher Regierung lebhaft an — weil sie Retschajew ausge-
liefert. Das Grundargument seiner Ausführungen war, die
Züricher Regierung hätte klugerweise merken sollen, daß der
Bundesrath einfach eine von Außen auf ihn einwirkende Pression
weitergeben wollte und daß es daher der Regierung angefallen
wäre, sich durch nichts anderes als die Erregung der Sache in
ihrer eignen Kompetenz leiten zu lassen. „Wir können nicht dafür“,
schreibt der „Landbote“, „daß hinter die strengen Mienen, die
heute von Bern nach Zürich blicken, und die großen Pausbuden,
aus denen einige homines minorum gentium dazu blasen,
sich uns unwillkürlich das ironische Lächeln projicirt, mit wel-
chem damals der gewesene Bundespräsident Dubs die Züricher
Regierung „abgeführt“ hat. Ob hinter dem tragischen Ernst
nicht auch heute wieder ein solches Lächeln sich verberge, wissen
wir nicht; wenn's nicht ist, so ist's eben ein Mangel. Die
Züricher Regierung ist doch angefahren worden, daß sie einer
ersten tadelnden Zurückweisung ihres Polizeivorstehers in die
ordinären Formen nicht noch eine zweite, solennere hat folgen
lassen. Wir denken, sie werde in Erinnerungen früherer Vor-
kommnisse lassen und thun, was in ihrer Kompetenz liegt, das
bundesrathliche Quos ego, namentlich wenn sie erfahren sollte,
daß es wirklich einen so langen Stiel hat, ruhig hinter den
Rathsbausen stehen und dabei einmüthig der weichen Sprichlein,
die dieser auf sich trägt, sich mit erneuter Fleiß eintragen.“ —
Der Regierungsrath hat bekanntlich bereits definitiv Stellung
genommen; Fischer bleibt Polizeihauptmann, und was die
über die Typographie des „Sozialdemokrat“ verhängte Zensur
anbetrifft, so will bekanntlich der Regierungsrath zwar die Auf-
sicht führen, er erklärt sich aber außer Stande, Vorzugehen,
die in Zürich gegen das Ausland verübt werden, strafrechtlich
zu verfolgen. Der Bundesrath aber könnte nur in be-
sonders schweren, zu revolutionären Handlungen provoziren-
den Fällen auf Grund der Verletzung des Völkerechts ein-
schreiten. So dürfte die Zensur praktisch resultatlos und die
preussische Regierung ohne die von ihr gewünschte Genugthuung
bleiben.

Frankreich.
Der Prozeß gegen Wilson, Ribaudou und Genossen hat
gestern vor dem Pariser Hauptpolizeigericht begonnen. Die An-
klageschrift beschuldigt Wilson der Theilnahme an Schwindel-
taten, welche zum Nachtheile mehrerer Personen, die Ordensauszeich-
nungen wünschten, begangen wurden.

Holland.
Amsterdam, 14. Februar. Heute ist die zweite Kammer
wieder zusammengekommen. Die Abgeordneten sind sehr ver-
stimmt, weil die Regierung, dem ursprünglichen Plane entgegen,
die Neuwahlen bereits auf den 6. März anberaumt hat, denn
sonst hätte der Vorstehende die Kammer gewiß einige Wochen
früher einberufen. Die Kammer beabsichtigt jetzt nur wenige
Tage zu arbeiten, weil die kurze Frist, welche ihr jetzt noch ge-
bott wird, nicht gestattet, bedeutendere Angelegenheiten zu er-
ledigen.

Die noch nicht behandelten Gesetzentwürfe bleiben also
für die neue Kammer aufbewahrt, welche, wie bereits bestimmt
ist, am 4 oder 5. April ihre Arbeiten anfangen wird. In-
zwischen schlägt der Wahlkampf immer höhere Wellen, je näher
der entscheidende Tag heranrückt. Die Gründung von neuen
Parteien scheint noch kein Ende zu nehmen. Im Haag wurde
dieser Tage der Versuch gemacht zur Bildung einer sogenannten
„Nationalen Partei“, welche sich auf einen höchst konterativen
Standpunkt stellen wird, allein diese zukünftige Partei des „frei-
sinnigen Despotismus“ wird voraussichtlich bei dem bevorstehen-
den Kampfe keine hervorragende Rolle spielen. Die junge ra-
dikalere Partei, welche sich neulich in Amsterdam bildete, hat sich
bereits mit den Sozialdemokraten überworfen. Der radikale
Wahlverein „Amsterdam“ zählt jetzt bereits 260 Mitglieder,
allein 40 derselben stellten sich später als Sozialdemokraten
reinsten Wassers heraus. Deshalb wurde gestern nach ausführ-
lichen Besprechungen der Beschluß gefaßt, daß die Sozialdemo-
kraten nicht in diesen bloß radikalen Verein gehören und des-
halb freundlichst aufgefordert werden, den Verein schleunigst zu
verlassen. — Ausgegeben!

Soziales und Arbeiterbewegung.

An die Schmiede Deutschlands. In Halle a. S.
wurden infolge Beschlusses der dortigen Schmiedeenung die-
jenigen Schmieдеgefelln, welche der Vereinigung der deutschen
Schmieде beigetreten waren, aus der Arbeit entlassen, und
wird deshalb dringend vor Jugug nach dort gewarnt. Daß
bei diesem Kampfe der Innung gegen die Vereinigung der Ge-
fellen der Zweck die Mittel heilig und ausdrücklich gegen das
Gesetz gebandelt wird, beweist der folgende wörtlich abgedruckte
Inhalt eines Fremdenzettels. — Der Schmieдеgefell Gustav
Nabes, aus Oberschmon, Kreis Quedlinburg, hat vom 27. Juli 1887
bis heute bei mir gearbeitet und ist wegen Mitgliedschaft des
Fachvereins entlassen. Halle a. S., den 5. Februar 1888.
H. Matuschka, Schmieдеmeister. Halle a. S., Landwehrstr. 3.“

Vereine und Versammlungen.

Die Vereinigung der deutschen Schmiede hielt am
13. d. M. in Weitz's Lokal, Alexanderstr. 31, eine gut besuchte
Versammlung ab, in welcher Herr Bogtberg einen beifällig auf-
genommenen Vortrag über das Thema: „Der Werth des
Menschen“ hielt. An den Vortrag schloß sich eine kurze Dis-
kussion. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, „Gewerks-
schaften“, wies der Vortragende, Herr Pöblich, auf das feste
Zusammenhalten der Meisterschaft hin und empfahl den Ge-
fellen, ebenfalls einig zusammenzustehen und für ihre gewerb-
lichen Interessen einzutreten. Herr Naths kritisirte das scharfe
Vorgehen der Innungsmeister in Halle a. S. gegen die dortigen
Mitglieder der Vereinigung deutscher Schmiede. (Siehe Soziales
und Arbeiterbewegung.) Dieses Vorgehen sollte die Gefellen
allerorts veranlassen, sich der Organisation zahlreicher als bisher
anzuschließen, da derartige Uebergriffe nur durch eine starke Or-
ganisation zurückgewiesen werden können. Herr Heidentreich
(Schmieдеmeister) führte aus, daß in der letzten Meisterschafts-
sammlung nur zum Nutzen der Gefellen verhandelt worden
wäre und daß hier von einer Unterdrückung der Gefellen über-
haupt nicht die Rede wäre. Schließlich verfuhrte Redner, die
Innungskrankenkasse möglichst herauszutreiben, was große Hei-
terkeit hervorrief. Dr. Balthar bezweifelte, daß die Innungsmeister auf
das Wohl ihrer Gefellen so sehr bedacht wären; wäre dies der
Fall, so würden sie den gerechten Forderungen der Gefellen
nicht so heftigen Widerstand entgegensetzen. Auch die Innungs-
krankenkasse unterzog Redner einer scharfen Kritik; durch Aus-
übung eines gewissen Zwanges suchte man Mitglieder für die-
selbe zu gewinnen. Das Streben der Innungsmeister nach
Einführung der Arbeitsbücher zeuge ebenfalls von wenig Ar-
beiterfreundlichkeit. Herr Heidentreich verfuhrte die Einführung
der Arbeitsbücher als im Interesse der Gefellen liegend darzu-
stellen, was ihm natürlich niemand glaubte. Herr Pöblich
meinte, die Meister sollen lieber darnach trachten, einen einheit-
lichen Tarif für die Schmiedearbeiten aufzustellen, nicht aber sich
gegenständig bei Herabsetzung der Preise zu überbieten; die Meister
in der Umgegend Berlins wären in dieser Hinsicht weiter als
die Berliner Innungsmeister. — Nachdem der Vortragende be-
kannt gemacht, daß die nächste Versammlung am 28. Februar
stattfindet, wurde die Versammlung geschlossen.

Der Fachverein der Former und Berufsgenossen hielt
am 13. Februar in Krieger's Salon, Wasserthorstr. 68, eine gut
besuchte Mitgliederversammlung ab, in welcher Herr Gerich einen
beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die Einwirkung der
Meeresströmungen auf das Klima der Kontinente“ hielt. Zum
zweiten Punkt der Tagesordnung wurde ein Antrag gestellt,
dahingehend, daß die nächste Versammlung eine General-
versammlung sein soll, in welcher die Erswahl des ersten
Vorstehenden stattfindet. Hierüber entspann sich eine lebhaft
Debatte. Der Antrag wurde darauf angenommen, nach Ber-
leung einzelner Fragen, welche beantwortet wurden, machte der
zweite Vorstehende bekannt, daß am 17. März im Buggenhagen-
schen Lokale am Moritzplatz das Stiftungsfest des Vereins statt-
findet. Willets hierzu sind in der nächsten Versammlung zu
haben.

**Kranken- und Begräbniskasse der Gärtler und
Bronsjeurs** (Eingesch. Hilfskaffe Nr. 60). In der am 12. Februar
stattgefundenen ordentlichen Generalversammlung wurde nach
Annahme der Protokolle und des Jahresabschlusses, nach welchem
die Kasse, trotzdem dieselbe erst seit drei Jahren besteht und
ohne Mittel in's Leben gerufen wurde, schon einen Bestand
von nahezu 8000 M. aufzuweisen hat. Die Kasse zählt ihren
Mitgliedern gegen Zahlung eines Beitrages von wöchentlich
40 Pf. eine Krankenunterstützung vom ersten Tage der Er-
krankung an, und zwar für 52 Wochen hintereinander. Auch
für Geschlechts- und Geistesranke wird Hauskrantengeld, sowie
die Kur- und Verpflegungsgelder in einer Heilanstalt gezahlt,
trotzdem diese Kosten beinahe doppelt so hoch wie in anderen
Krankheitsfällen sind. Es wäre Pflicht eines jeden der Kasse
noch fernstehenden Kollegen, sich derselben anzuschließen. Jedes
Vorstandsmitglied ist zur Aufnahme von neuen Mitgliedern be-
rechtigt. Daraus wurden folgende Herren in den Vorstand ge-
wählt: Klein, Ritterstr. 15, erster Vorsteher; Rönigk, Friesen-
straße 24, zweiter Vorsteher; Westphal, Kranichstr. 201,
v. 3 Tr., Rentant; Jaczel, Prinzenstr. 11, erster Schriftführer;
Künike, Gubenstr. 54, zweiter Schriftführer; als Beisitzer die
Herren Leichert, Reichendergerstr. 34; Schmolz, Waldemarstr. 56;
Häppler, Reichenbergerstr. 22; Gärtler, Rottbuscherstr. 20; Neu-
mann, Dieffenbacherstr. 69; in den Ausschuss die Herren Dohorn,
Mariendorferstr. 7; Stephan, Blücherstr. 45a und Böllner,
Staligerstr. 24.

Der Verein Berliner Wohnungsmiether hielt am
Mittwoch, den 15. d. Mts., eine zahlreich besuchte Versammlung
im Konzerthaus „Sonsouci“, Rottbuscherstr. 4a, ab, in welcher
Herr Dr. Schumann einen mit großem Beifall aufgenommenen
Vortrag über Zweck und Ziele des Vereins hielt. Nachdem der
Vorstehende zum Beitritt in den Verein aufforderte, meldeten
sich 60 Personen. Weitere Meldungen werden beim Vorsteh-
enden Herrn C. Maljahn, Mariendorferstr. 4, entgegengenommen.
Der mindeste Beitrag beträgt pro Quartal 30 Pf.

**Fachverein der Metallschrauber, Facondreher und
Berufsgenossen Berlins**. Generalversammlung am Sonn-
tag, den 19. Februar, Vormittags 10½ Uhr, im Salon „Adnig-
stadt-Kaffee“, Holzmarktstr. 72. Tagesordnung: 1. Sind ferner
Unterstützungen an Nichtmitglieder zu zahlen? 2. Können Mit-
glieder, welche zweimal aus der Vereinigung ausgetreten sind,
zum dritten Male beitreten, ohne die Rechte nachzahlen? 3.
Besprechung über ein Vergütigen für die Mitglieder. 4. Vereins-
angelegenheiten.

Freie Vereinigung der Graveure, Eisen- und verwandten Berufsgenossen. Versammlung am Montag, den 20. Februar, Abends 8½ Uhr, im Restaurant Sahn, Annenstraße 16. Tagesordnung: 1. Geschäftliches, Aufnahme und Berichte. 2. Vortrag über: „Die plötzliche Preissteigerung der Metalle: die Ursachen und deren Wirtungen“. 3. Verschiedenes. **Vollständig nicht genehmigter Maskenball.** Der zu heute (Sonabend) vom Gesangsverein „Freundschaft“ im Clubbillet „Eisteller“, Chausseestraße 88, arrangierte Wiener Maskenball kann nicht stattfinden, weil die polizeiliche Genehmigung hierzu nicht erteilt worden ist.

Zentral-Branken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. Sonntag, den 19. d. M., Vormittags 10½ Uhr, Versammlung sämtlicher Beamten der Ortsverwaltungen bei Säger, Grüner Weg 29. Das Fest des 10jährigen Bestehens der Kasse wird am 14. April in der „Philharmonie“, Bernburgerstr. 22, gefeiert. Billets sind bei allen Bevollmächtigten, Kassieren und Komiteemitgliedern zu haben.

Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter. Heute, Sonnabend, Abends 8½ Uhr, Beuthstr. 18, Treppe E, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Jadel über: „Medizinische Wissenschaft“. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Allgemeine Branken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (E. S. 29, Hamburg.) Filiale Berlin 5. Versammlung heute, Sonnabend, Abends 8½ Uhr, bei Kärnermann, Lothringersstr. 81.

Eine öffentliche Versammlung sämtlicher Stein- und Knochenschnitzer Berlins findet am Sonntag, den 19. Februar, Vormittags 10½ Uhr, im Restaurant Böttcher,

Röbnerstr. 150-151, statt. Tagesordnung: Wie stellen sich die Berliner Knochenschnitzer zur Gründung eines Fachvereins. Verschiedenes. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Stein- und Knochenschnitzer erwünscht.

Verein der Parquetbodenleger Berlins. Montag, den 20. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Herrms, Mauersstr. 86, Versammlung. Tagesordnung: 1. Erziehung eines Reviseurs. 2. Verschiedenes und Fragelasten.

Fachverein der Buchbinder und verwandten Berufsgenossen. Heute, Sonnabend, Abends 8½ Uhr, Versammlung im Restaurant Meyer, Alte Jakobstraße 83. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Bohn „Was ist von der Halbischen Erdbebenlehre zu halten?“ 2. Ergänzungswahl zur Arbeitsnachweis-Kommission. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Gäste sind willkommen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Tischler hält heute, Sonnabend, den 18. Februar, Abends 8½ Uhr, im Vereinslokal, Michaelstr. 39, eine Versammlung ab. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Abrechnung der Billets von Weihnachten und vom Maskenball. — Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Verein der Einseher (Tischler). Generalversammlung Sonntag, Vormittags 10½ Uhr, Neue Friedrichstraße 44. Tages-Ordnung: 1. Antrag auf Verlegung des Vereinslokals. 2. Vorlage und Anträge des Vergütungs-Komitees. 3. Vorstandsberichte. 4. Verschiedenes. 5. Fragelasten. Mitgliedsbuch legitimiert. Der diesjährige Vereins-Maskenball findet Sonnabend, den 3. März, in Buß' Ballsaal, Frankfurterstraße 87, statt.

Zentral-Branken- und Sterbekasse der u. i. w. (E. S. 48), Verwaltungsstelle Berlin C., Versammlung am Sonntag, den 19. Februar, Vormittags 10½ Uhr, in den „Arminhellen“, Kommandantenstraße 20. Tagesordnung: 1. Abrechnung für das 4. Quartal 1887. 2. Bericht der Generalversammlung vom 8. Januar. 3. Verschiedenes.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine am abend. Gesangsverein „Harmonia“ Abends 8 Uhr im Restaurant, Alte Jakobstr. 38. — Männergesangsverein Abends 9 Uhr im Restaurant Alemann, Laufbergerstr. 9. — Quartett des Turnvereins „Froh und Abends 9 Uhr im Restaurant, Schlegelstr. 14. — Turnverein (1. Lehrlingsabteilung) Abends 8 Uhr Eißelstraße. — Turnverein „Wedding“, Banstr. 9, Männerabteilung 3½-10½ Uhr Abends; desgl. 1. Lehrlingsabteilung am 10 Uhr Abends. — Vereins-Schneiderei des Berliner Handwerkervereins Abends 8½ Uhr Sophienstr. 9 Theater- und Vergnügungs-Verein „Caritas“ 9 Uhr im Louisenstädtischen Bierhause, Admiralsstr. 9 in Robert's Ballsalon, Weinstraße 11. — Verein der Freunde Abends 8½ Uhr im Restaurant Alemann, Straßestraße 41. — Dänischer Verein „Frena“ Abends 8 Uhr im Restaurant Poppe, Lindenstr. 106. — Verein der Berliner Abends 8½ Uhr bei Raibinger, Dorotheenstr. 10. — Verein ehemal. Schüler der 34. Gemeindefschule Abends im Restaurant, Markstr. 7. — Rauchklub „Quadrant“ 8 Uhr im Restaurant Lamm, Schönhauser Allee 28.

Theater.

Sonnabend, den 18. Februar.

Sprenghaus. Der Waffenschmied.

Schauspielhaus. Die Weisheit Salomo's.

Deutsches Theater. Die berühmte Frau.

Wallner-Theater. Orgelpfeifen.

Widrich-Wilhelmstädtisches Theater. Die Dreizehn.

Victoria-Theater. Die Reise um die Welt in 80 Tagen.

Stand-Theater. Der Mikado in Berlin.

Rebentz-Theater. Francillon.

Salvatore-Theater. Die Salontiroletten.

Wahalla-Theater. Le coeur et la main.

Central-Theater. Höhere Töchter.

Königstädtisches Theater. Das lachende Europa.

American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Berliner Stadt-Theater

Wallnertheaterstraße 15, fr. Alhambra-Theater. Zum dritten Male:

Herz und Welt.

Tragödie in 5 Akten.

In Szene gesetzt vom Oberregisseur Hrn. Förster. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Königsstädtisches Theater.

Dresdenerstr. 72. Direktion: Adolph Ernst.

Zum 225. Male:

Die schöne Ungarin.

Gesangsposse in 4 Akten von W. Mannstädt. Kouplets v. G. Götz. Musik von G. Steffens. Die neuen Kouplets sind vom Kapellmeister Herrn Franz Roth komponiert. Telephon-Anschluss: Amt III. Nr. 8042. Kasseneröffnung 6½ Uhr. Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.

Jeder Besucher der heutigen Vorstellung erhält ein Souvenir-Exemplar gratis. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Königsstädtisches Theater.

Alexander-Straße 40 — Kurze Straße 6. 35. Gastspiel von

Anna Schramm.

Novität! Novität!

Das lachende Europa

Lustige Posen-Revue mit Gesang in 3 Akten und 1 Vorspiel von Dr. Gust. Braun.

1. Vorspiel.
2. Anna, zu Dir ist mein liebster Gang und Schnattergang.
3. Durchgegangene Weiber.
4. Beileidstudent von Berlin u. kleine Fischetin.
5. Der geschundene Raubritter.

Minna Wubblich, Anna, Engländerin. Sölerin, Schusterjunge, Geistl. Prinzessin

Abendgunde:

Anna Schramm a. G.

Die Abonnenten des „Berliner Volksblatt“ zahlen gegen Vorzeigung ihrer Abonnementsquittung halbe Kassenpreise.

Passage I Str. 9 A. — 10 A. Kaiser-Panorama.

Eine bequeme Wanderung durch Baden-Heidelberg u. f. w. Zweite Reise durch Ober-Italien. Lago Maggiore u. Como — Sec. Villa Firisio und San Remo.

Reise Fr. Maj. Schiff Bertha.

Eine Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf. Abonn.

Waschen-Garderobe von Frau Matthies,

Prinzengasse 17. 282

Große Aufführungen, wie Scherkeravanden u. sind zu haben. Billigste Preise.

Sadenspind billig zu verkaufen. Plautz, Ruppinerstraße 29, im Keller. 371

Mehrere kleine Wohnungen mit Wasserleitung, Klosets u. sind per 1. April zum Preise von 60-70 Thlen. Kronprinzenstr. 19, bei der Frankfurter Allee, zu vermieten. Pferde- und Stadtbahnverbindung vorhanden. 348

Den Mitgliedern des **Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter** zur Nachricht, daß unser Mitglied **Otto Hambach** am 16. Februar plötzlich verstorben ist.

Die Beerdigung findet **Sonntag**, den 19. Februar, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Stettinerstraße, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet

373 Der Vorstand.

Freunden und Bekannten hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege **Otto Hambach** am 16. d. M. verstorben ist. — Die Beerdigung findet am Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sophienkirchhofes, Stettinerstraße, auf dem Gesundbrunnen, statt.

Die Arbeiter der C. Schrein'schen Hof-Pianofortefabrik. 374

Todesanzeige.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 16. d. M., Vormittags, unser geliebter und unvergesslicher Sohn **Rudolf** im Alter von 3 Jahr 1 Monat nach kurzer, aber schwerer Krankheit sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobikirchhofes aus statt.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Rudolf Reisfurth.
Amalie Reisfurth, geb. Wänsch.

Todes-Anzeige. 369

Am 15. d. M., Abends 7 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau und unsere gute Mutter **Johanna Woshyage** geb. Meyer im 41. Lebensjahre. — Die Beerdigung findet am Sonntag, Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Kirchhofes in der Pappelallee aus statt.

Der tiefbetrübte Gatte nebst Kindern.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Schraubenmacher **Robert Köhler**, am 15. Februar in der Charitee nach langem Leiden dem Herrn sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Febr., Nachmittags 2 Uhr, von der Charitee aus nach dem Marluskirchhof, Wilhelmsberg, statt. Um stilles Beileid bittet

Die trauernde Wittwe

376 **Anna Köhler nebst Kindern.**

Fachv. sämtl. an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäft. Arbeiter.

Mitglieder-Versammlung.

Montag, den 20. d. M., Abends 8½ Uhr, bei Säger, Grüner Weg 29.

Tagesordnung:

Innere Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes und Fragelasten. 377

Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Central-Krankenkasse der Maurer

(Grundstein zur Einigkeit)

Öertliche Verwaltung Berlin I.

Sonntag, den 19. Februar, Vorm. 10 Uhr, in **Scheffer's Salon**, Inselstraße 10,

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zur nächsten Generalversammlung.
2. Verschiedene Kasseeangelegenheiten.

Die im Vereinsblatt enthaltene Tagesordnung ist geändert.

Zu gleicher Zeit machen wir auf den am 3. März im **Industriegebäude** stattfindenden **Maskenball** aufmerksam, wozu Billets in der Versammlung und in den mit Plakaten belegten Lokalen zu haben sind.

378 **Die örtliche Verwaltung.**
A. A.: E. Bankow.

Eine öffentliche Versammlung der Sattler

findet heute, Sonnabend, den 18. d. M., Nachmittags 3 Uhr, in **Habel's Brauerei**, Bergmannstr. 5-7, statt.

Tages-Ordnung:

1. Unsere Streitangelegenheit.
2. Diskussion.

372 Der Einberufer.

Mäntelnäherinnen verl. Bohrisch, Alte Jakobstraße 92, Hof rechts 4 Tr. 358

G. Scharnow's

Älteste und leistungsfähigste Uhren-Fabrik

Berlin S., am Moritzplatz, Dranienstr.-Ede.

Anerkannt beste Bezugsquelle, auf allen Weltausstellungen preisgekrönt Stand-Wecker. Einzelverkauf zu wirklichem Fabrikpreisen unter 3 Jahriger Garantie.

Nickel-Remontoir-Uhren von	10 Mark an
do. prima	18
Silberne Remontoir-Uhren von	17-20
do. prima	25-30
Goldene Damenuhren, 14 Kar.	30
mit Rem. Aufz. von	36
do. mit Schlagwerk	40
do.	57-200
Gesamt-Remontoir-Uhren von	40
do.	70
Regulateure, 14 Tage gehend ca. 1 Meter lang u. 10	
do. in polier. Kasten-gehäuse von 14	
do. mit Schlagwerk	18-75
Stand-Wecker von	8-20

Reparaturen gratis und franco. Versand nach außerhalb gegen Nachnahme. Umtausch bereitwillig gestattet.

Engros. Export.

Volitur-Spiritus, Brenn-Spiritus ohne Wasserrückstand, à Liter 40

größere Quantitäten billiger, sowie Liqueure, Rumsch-Extrakte, Rum, Arac, Cognac, Sekt u. s. w. billigst; Postaufträge frei Haus **Ignatz Sello**, Berlin, Kaiserstr. 34, Eing. 10.

Uhrenfabrik

Stabliert **G. Wagner**, 1877.

Berlin S., Dranienstraße 14

Anerkannt größte Leistungsfähigkeit.

Preisgekrönt: „Königsberg 1887.“ „Dresden 1887.“ „Düsseldorf 1887.“

Nickel-Remontoir-Uhren 10-15

Silberne Remontoir-Uhren 17-20

Goldene Remontoir-Uhren 25-30

Regulateure 10-15

Vernickelte Stand-Wecker 5-10

Garan. te bis zu fünf Jahren.

Versand nur gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages.

Nichtkonvenientes wird anstandslos zurückgenommen.

Illustrirte Kataloge gratis und franco.

Erbhaus-Ausverkauf.

2. Weinbergs-Weg 2.

direkt am Rosenthaler Thor.

Laut Beschluß der Generalversammlung vom 2. Februar sollen nunmehr die vorhandenen diesjährigen **Prima-Herren-Garderoben** für den 4. Theil des realen Werthes schleunigst ausverkauft werden. 14 000 ff. moderne Feinjahre- und Sommer-Paletots von Nr. 10-34 prima, 12,500 hochfeine Rod- u. Jagdanzüge v. Nr. 15 bis 39, 16 200 ff. Hosen von 3-10 Mark prima, 4500 Jagd- u. schwarze Hosen, Burden-Anzüge, Hamb. Lederhosen, div. Uhren u.

Sämmtliche Gegenstände werden wegen Ueberfüllung unter Feinwerth ausverkauft.

2. Weinbergs-Weg 2.

Die Direktion.

Eleg. Maskengarde

für Herren und Damen

von C. Tietze

Oranienstraße 130, 2. Etage

Geschmackvolle Kostüme in reichster Auswahl zu billigen Preisen.

Vereinen Preisermäßigung.

Maskengarde

von **Fritz Pankow**

Oranienstr. 178

empf. sich den Vereinen in den Feste des M. u. s. w. als Größte Auswahl billige Verkleidung.

Cigarren und Tabak

von **O. Klein, Ritterstraße**

Das. Zahlstelle d. Gürtler u. Bronzereu (E. S. 10)

Wo giebt's das beste Mittel für Magenleiden und Gruslichwerden? So maglich gute Weisse und kräftige Sahst?

Bei **W. Haugk, Weinbr.**

Dr. Lotterie-Ant

1/2 7,25 M., 1/2 3,65 M., 1/2 1,82 M.

hab. b. **M. Wessow, Alexanderstr.**

Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal,

große Weisse 20 Pf., kleine Weisse 10 Pf., ein gutes Glas Bairisch, Mittagstisch mit Bier à Couvert 50 Pf. bei

F. Schmalowsky, Langestr. 70, parterre.

Vereinszimmer zu vergeben.

Betten, 10 Mark,

1 Stand, vollständige Länge und Breite, nur 10 Mark, Bettfedern, Pfund von 35 Pf. an, verkauft allein die Bettfedern-Engros-Handlung:

1. Geschäft **Rottbuserstraße 4, part. 2. Geschäft Brunnenstraße 130, 1.**

Zur Auswahl stehen 23 Sorten Federn. Billigste Bezugsquelle für Händler.

385

Gänsefleisch, beste Qualität Pfd. 0,35 M

Feinste, süße Sahnenbutter „ 1,10

Reinschmelzende Caselbutter „ 1,00

Reisbutter, beste „ 0,90

Heinr. Otto Paersch, 254. Schwedterstr. 254.

Arbeitsnachweis für Tischler

Der vom Fachverein der Tischler des Reichs erlassene Arbeitsnachweis befindet sich **Alte Jakobstraße 10** im **Restaurant Schumann**. Die Vermittlung geschieht für Meister und Lehrlinge (auch Nichtmitglieder des Vereins) unentgeltlich. Die Adressenausgabe erfolgt an **Wochentagen von 8 bis 10 Uhr Abends**, an **Freitagen von 9 bis 11 Uhr Vormittags**, an **Sonntagen** die 4 Kassierer der „Christenankerkasse“ und die Pianofortearbeiter Berlins“ veranlassen sich ihrerseits jeder Adressenausgabe zu befleißigen, nur den obengenannten Arbeitsnachweis zu benutzen.

Der Vorstand.

Arbeitsnachweis für Tischler

Der vom Fachverein der Tischler des Reichs erlassene Arbeitsnachweis befindet sich **Alte Jakobstraße 10** im **Restaurant Schumann**. Die Vermittlung geschieht für Meister und Lehrlinge (auch Nichtmitglieder des Vereins) unentgeltlich. Die Adressenausgabe erfolgt an **Wochentagen von 8 bis 10 Uhr Abends**, an **Freitagen von 9 bis 11 Uhr Vormittags**, an **Sonntagen** die 4 Kassierer der „Christenankerkasse“ und die Pianofortearbeiter Berlins“ veranlassen sich ihrerseits jeder Adressenausgabe zu befleißigen, nur den obengenannten Arbeitsnachweis zu benutzen.

Der Vorstand.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

41. Sitzung vom 17. Februar, 11 Uhr.
Die Tagesordnung des Bundesraths: v. Voetticher, Bronnart, Schellendorff, v. Puttkamer.
Zur dritten Beratung steht der Gesetzentwurf, betr. die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Sozialengesetzes (nach den Beschlüssen der zweiten Lesung vom 20. September 1880).

Kriegsminister Bronnart von Schellendorff: In erster Linie hat Herr Bebel auf Vorgänge in der Armee Bezug genommen, welche, wenn wahr, in der That unerhört wären. Die von ihm behaupteten Thatsachen sind aber unrichtig. Herr Bebel hat sich fahnenflüchtig gemacht, weil er einen Unteroffizier und ihm deshalb schwere Strafe gedroht habe. In dem Defensionsfalle recherchiren wir nach den Umständen. Herr Schellendorff hat seine Verwandten, worin es sich auch noch schellen lassen müssen, scheinbar hervorzuheben. Das Haupt nicht Oberheigen ertheilt, sondern empfangen. Bei unseren Nachforschungen haben wir zwar nichts darthun können, daß Haupt geohrfeigt worden sei, aber ich habe auch nicht direkt in Abrede stellen. Jedenfalls ist es nicht antheilhaft etwas anderes, als Oberheigen empfangen. Wichtig ist ferner nur, daß Haupt nach Erlaß des Sozialgesetzes gewendet hat, um das Erkenntnis in Geldbuße zu erhalten. Darauf erhielt Haupt die Antwort, daß er überhaupt in contumaciam zu 50 Mark Geldbuße verurtheilt sei. Wie kommt nun Herr Bebel zu der Behauptung, daß die Fahnenflucht, dieses schwere Vergehen, mit dem Haupt bestraft worden sei? Wenn man gegen einen Mann Leuzpentheil einen so schweren Vorwurf erhebt, so muß man sich doch vorher genau erkundigen. Nach den Bestimmungen muß zunächst auf Geldbuße erkannt werden, was aber nicht ausschließt, daß, wenn man des Haupt habhaft werde, eine weitere Strafe verfügt werden kann. Lediglich nach diesen bestehenden Bestimmungen ist zu verfahren.

Abg. Bebel: Hätte der Herr Kriegsminister meine heutige Rede abgelesen, so würde er gefunden haben, daß ich ihm eine genaue Vernehmung bereit hätte. (Lachen rechts.) Ich halte meine Ehre nicht, einen begangenen Irrthum zu bejahen. Ich kann die betreffenden Originalbriefe nicht vorlegen. Bei Durchsicht der Briefe ist mir allerdings aufgefallen, in dem angezeichneten Sinne passirt. (Hört! hört!) Ich habe das Militärkommando des 93. Regiments durch Herrn Haupt zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurtheilt, aber nun für immer als Fahnenflüchter angesehen werden. (Hört! hört! rechts.) Ich habe in meiner ersten Rede selbst für unrichtig erklärt. Die Briefe liegen mir nur in Abschrift vor. Ich habe von Haupt an das Anhaltische Regiment Nr. 93 geschrieben. Der Unterzeichnete, welcher 1875 nach acht Jahren wegen Ungehorsams seitens des Unteroffiziers fahnenflüchtig wurde, erbat sich, ihm gefälligst mittheilen zu wollen, das Haupt für seine Fahnenflucht und ob dieselbe möglicher Weise bestraft worden sei. In Anbetracht, daß Haupt nunmehr im 34. Jahre steht, verheiratet ist und wohnt, wozu ein Junge von drei Jahren, hat, in der That gegenwärtigen Gefühls zeichnet, Genf, 10. April 1886.

Abg. Haupt, Rue de Vierge 6. Darauf folgte folgende Bescheid, 16. April 1886. Anhaltisches Infanterie-Regiment 93, Füßler-Bataillon, Nr. 10. Regimentskommando. Der Füßler Christian Haupt ist laut kriegsgerichtlicher Defension vom 13. August 1875 in contumacia verurtheilt worden. 17. 4. 86 von Berlin nach Anhaltisches Infanterie-Regiment 93, Defau, Ostpr. An Herrn Christian Haupt, Genf, Schweiz. Das ist der Briefwechsel (Lachen rechts.) Sie sehen, daß ich die Briefe hier habe und das meine Absicht war, mit solcher Zwischenstufe verbiten, die an der Ehrlichkeit zweifeln. (Cho! rechts.) Die Herren können sich mit dem Sozialgesetz auseinandersetzen. In der zweiten Lesung wurde es mit einer Ausnahme sorgfältig verlesen, auf welche Ursache des Sozialgesetzes einzugehen. Nur Herr Haupt hat auf die Attentate von Hödel und Nobiling an die Hochschöpfung gebängt worden. (Mein! Mein!) In dem vorigen Jahre ist jedoch eine Veröffentlichung erfolgt, daß die öffentliche Meinung des Sozialgesetzes gegenübersteht als früher, wo die Sozialdemokratie die moralische Urheberin jener Attentate bezeichnet wurde. (Lachen rechts.) Ich habe im vorigen Jahre mehrere Artikel in der Zeitung geschrieben, die auch in das Leipziger Tageblatt übergegangen; da steht am Schluß folgendes Geständnis: „Ich habe über die Stellung des Hödel bekannt gemacht, Socialdemokratie allerdings nicht für das Attentat verantwortlich gemacht werden, dieses sei zweifellos anarchistischer Natur. Ueber Nobiling seien die Herren heute noch im Unklaren. Das entspricht den Thatsachen. Hödel wurde in Leipzig mit Schimpf und Schande als ein moralisch verfallenes Subjekt aus unserer Partei ausgeschlossen worden, unter dem Namen des Herrn Stöder wurde. Ebenso erklärte Herr Gräber, daß Nobiling zur christlich-sozialistischen Partei gehört hat, die betreffende Liste war jedoch nicht von der Socialdemokratie begünstigt, sondern von den Anarchisten. Die Erregung der Bevölkerung über die Verurteilung ist von unseren Gegnern in schamlosester Weise ausgenutzt worden, um die Socialdemokratie durch das Sozialgesetz zu vernichten. Heute handelt es sich nicht mehr um die Socialdemokratie, sondern um die revolutionären Bestrebungen der Anarchisten, die auf den „gewaltthätigen“ Umsturz hinausgehen. Die Bestrebungen der Socialdemokratie an, die die Gesetzgebung unterstützen wollen. Worin diese Bestrebungen aber bestehen, ist niemandem klar. Ich habe die Herren unter sich darüber verständigen wollen.

würde eine Sprachverwirrung entstehen, wie beim babylonischen Thurmbau. Was Sie als berechtigte Bestrebungen ansehen, ist im Grunde nichts sozialdemokratisches, nicht nothwendig mit der Socialdemokratie verbunden. Und wenn Sie uns nicht eher von dem Sozialistengesetz befreien wollen, als bis die Socialdemokratie das, was Sie als ihre berechtigten Bestrebungen ansehen, auch ihrerseits anerkannt hat, so können Sie bis in alle Ewigkeit warten. Die Ziele der Socialdemokratie sind in der That auf eine Umgestaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung von Grund aus gerichtet, und wenn Sie diese Bestrebungen als revolutionäre bezeichnen, so habe ich von meinem Standpunkte dagegen nichts einzuwenden. So viel steht fest, daß überhaupt eine Bewegung nie zum Ziele kommen kann, wenn sie nicht einen bedeutenden Theil des Volkes für ihre Ziele gewonnen hat. Eine rein politische Bewegung giebt es ebenso wenig, wie eine rein religiöse Bewegung. Alle diese Bewegungen sind mehr oder weniger darauf gerichtet, die sozialen Zustände umzugestalten. Das tritt bei keiner großen Bewegung der Geschichte deutlicher hervor, als bei der christlichen, die ganz unmöglich gewesen wäre ohne die sozialen Unterschiede, wie sie im römischen Reiche bestanden. Die Völker des Erdkreises schmachteten unter der römischen Fuchtel, die alten Gottheiten halfen nicht mehr, und so war der Boden gewonnen, indem das Christenthum Wurzel faßte. Die Verfolgungen, welche das Christenthum zu erdulden hatte, ließen sich Zug um Zug vergleichen mit den Verfolgungen der Socialdemokratie (Oh! rechts.) Die römischen Cäsaren haben die Christen nicht blos als Sektierer angesehen, sondern als Feinde des Vaterlandes, des Staates. Die Haltung der Christen gab dazu auch Anlaß, denn sie weigerten sich lange Zeit, unter heidnischen Führern zu kämpfen. Die sozialen — ich sage nicht: sozialistischen — Lehren des Christenthums von Gleichheit, Brüderlichkeit und gegenseitiger Hilfeleistung haben von Jahrhundert zu Jahrhundert an Boden gewonnen, bis schließlich der Kaiser selbst christlich wurde. Ob wir je in Deutschland einen sozialistischen Kaiser erleben werden, weiß ich nicht (Lachen rechts); Thatsache aber ist, daß die sozialistische Bewegung das deutsche Kaiserreich gezwungen hat, eine staatssozialistische Masse vorzunehmen. (Unruhe.)

Vizepräsident Suhl ruft den Redner zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel: Die soziale Bewegung in Deutschland hat sehr verschiedene Phasen erlebt. In den 60er Jahren suchte man sie gegen die liberale Bourgeoisie auszusagen. Bis Ende der 60er Jahre war der bekannte Geheimrath Lothar Bucher Mitglied der so berühmten internationalen Arbeiterassoziation. Durch seine Vermittelung wurde Karl Marx, der berühmte Revolutionär, 1865 angegangen, für den preussischen „Staatsanzeiger“ zeitweise Artikel über die Bewegung der Börse und des Handels ohne jede Reserve zu schreiben. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ stand seit 1863 meinem Freunde Liebknecht Raum offen für tägliche Artikel über sozialistische und kommunistische Bestrebungen. Erst seit 1866, als die Socialdemokratie als trennender Keil gegen die liberale Bourgeoisie überflüssig wurde, nahm Bismarck eine andere Stellung zur Socialdemokratie ein. Heute umfassen die sozialistischen Ideen den ganzen Erdkreis. Kein Parlament, kein Mann der Wissenschaft kann an ihr nichtachtend vorübergehen. Wäre sie das Werk eines Agitators, so würde sie verschwinden, wie so manche andere. Das ist aber nicht der Fall. Die sozialistische Bewegung ist entsprungen aus den modernen Produktionsverhältnissen. Die liberale kapitalistische Bourgeoisie ist ihr Vater und, wenn Sie wollen, auch ihre Mutter. Der Gegensatz vom Reichthum Weniger und Massenarmuth, von Schwelgerei und Noth wird von den besitzlosen Klassen empfunden. Von Plato bis auf die französischen und englischen Philantropisten hat man das soziale Elend lindern wollen. Diese Ideen gingen aber von einzelnen Utopisten der herrschenden Klassen aus. Unter den Socialdemokraten giebt es keine Utopisten. Der einfache Arbeiter sagt sich: was wir wollen kann mit Gewalt nicht erreicht werden, sondern im Laufe der Entwicklung in der einen oder anderen Weise. Kein Sozialist legt Gewicht darauf, daß der oder jener Fürst regiert, der oder jener Staatsmann am Ruder ist. Ob dieser Staatsmann Fürst Bismarck oder v. Bennigsen heißt, ist uns ziemlich wurst. Gerade so sieht es mit den höheren Personen. So bedeutend die Personen an Charakter und Willen sein mögen: im Grunde schieben sie nicht, sondern sind die Geschobenen und handeln im Interesse und auf die Zustimmung der herrschenden Klassen hin. Unsere Bestrebungen zielen allerdings auf eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung ab, aber ich befreite, daß revolutionäre Bestrebungen absolut mit Gewalt vermischt werden müssen. Der liberale Staatsrechtslehrer Bluntschli sagt: das Recht der Revolution ist das Recht der Volkssouveränität, das sich nicht mehr anders zu helfen weiß; aber das einzige Mittel, die Revolution zu vermeiden, ist eine gründliche Reform; und Welter sagt, es giebt keinen einzigen Fall in der Geschichte, in der die Revolution nicht durch eine Reform hätte vermieden werden können. Es giebt Revolutionen von oben und unten. Eine Revolution von oben haben wir 1866 erlebt in Preußen bei den Annexionen und der Konfiskation des Vermögens des Königs von Hannover, 1859 bis 1870 in Italien. Eine Revolution von oben und unten war die Stein'sche Gesetzgebung und die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland. Jede Revolution läßt sich verhindern, wenn die Regierungsgewalt das vorhandene Bedürfnis der Reform anerkennt. Unzweifelhaft sind meine Ausführungen keineswegs etwas Neues. (Sehr wahr! rechts.) Die liberale Partei hat alle diese Grundzüge von jeher als die ihrigen proklamirt. Sie hat sich für die Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit erklärt. Nun erleben wir es, daß ein Theil der Liberalen, die Nationalliberalen, nachdem sie aus der Rolle der Verfolgten herausgekommen sind, in der Rolle der Herrschenden selbst zu Verfolgten werden. Die Nationalliberalen sind die Urheber der Ausnahmegeetze im Kulturkampf, gegen die Ulfah-Lotringer, Polen, und schließlich auch gegen die Socialdemokraten. Welches Maß von Freiheit hat denn jetzt noch der deutsche Arbeiter gegenüber den Arbeitern im Auslande? Nigends zeigt sich der Humor der Weltgeschichte drastischer als auf diesem Gebiete. In Oesterreich erscheinen für die Arbeiter Zeitungen und unbekannt, die in Deutschland auf Grund des Sozialistengesetzes für gefährlich erachtet werden. Von der Schweiz rede ich nicht. Aber in dem kleinen Dänemark erscheint eine Zeitung, welche über 20 000 Abonnenten hat, ungehindert durch Ausnahmegeetze. Belgien hat trotz gewisser Gewaltthaten in letzter Zeit keine Ausnahmegeetze erlassen. Wenn jemand im französischen oder belgischen Parlament das allgemeine Recht einschränken oder ein Ausnahmegeetz damit begründen wollte, daß der deutsche Sozialismus eine mächtige Gestalt angenommen habe, würde man ihn einfach auslachen. Die Leute würden es schon aus Nationalgefühl unter ihrer Würde halten, auf Grund solcher Motive ein Ausnahmegeetz zu erlassen. Bei uns findet man es ganz in der Ordnung, daß die Motive für ein Ausnahmegeetz aus dem Auslande geholt werden. Die Kommune kann gewissermaßen als eine hoch- und

landesverrätherische Bewegung bezeichnet werden. Frankreich aber, das von der Kommune geschädigt worden ist, hat nach kaum fünf Jahren einen Akt der Hochherzigkeit begangen, wie er in der ganzen Welt einzig dasteht; es hat einfach die Kommunisten amnestirt und hat diesen Akt nicht zu bereuen gehabt. Bei uns wird eine Bevölkerung, die sich von alle dem nichts hat zu Schulden kommen lassen, ohne weiteres unter ein Ausnahmegeetz gestellt. Wären Sie nach England und Irland. Auch heute noch hat der Irlander eine Pressefreiheit, die höher steht als bei uns unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes. Das englische Parlament hat allerdings einem Ausnahmegeetz gegen Irland zugestimmt, aber die angesehensten Staatsmänner des Landes sind auf die Seite von Irland getreten; so Gladstone. Und diese Bewegung hat immer mehr Anhänger im Parlament gewonnen. Die Irlander erstreben die möglichste Selbstständigkeit in Bezug auf die innere Verwaltung und vollständige Befreiung des Landlordismus; eine vollständig revolutionäre Bewegung, die ihren Weg auch nach England nehmen wird. Ich bin bei den Londoner Meetings zugegen gewesen und habe von Polizei fast gar nichts bemerkt. Bei einer Versammlung waren zwei Polizisten zugegen, aber als aufmerksame Zuhörer. Es waren die Parkwächter. Gegen das Einschreiten der Polizei auf dem Trafalgar-Square hat der weitest größte Theil der englischen Presse protestirt. Bei unseren schiebgerichtlichen und kleinen Verhältnissen schreit man sogleich: Peter und Morio! Welche schauerhaften Summen werden bei uns ausgegeben für Espione, die uns überall zu überwachen haben! In Berlin werden sogenannte Vertrauensmänner der Arbeiter mit wöchentlich 30 M. bezahlt, um der Polizei zu berichten, was sie in den Fabriken gehört haben. Wenn dabei fast gar nichts herauskommt, so erweist das nicht die Unbrauchbarkeit der Polizei, sondern daß sich bei den Socialdemokraten Handlungen gegen das gemeine Recht nicht ausfindig machen lassen. An dieser Stelle bin ich einer Persönlichkeit, die bei unseren Verhandlungen eine Rolle gespielt hat, eine Ehrenklärung schuldig. Man hat nach außen hin den Eindruck erwecken wollen, als wenn der Polizeihauptmann Fischer in Zürich weit hinaus über die Bescheinigungen, die er uns gab, uns auch heimlich Aften geschickt habe. Dem muß ich ganz entschieden widersprechen. Fischer hat einfach bestätigt, was in dem bekannten Flugblatt enthalten ist. Herr v. Puttkamer hat Herrn Fischer in sehr scharfer Weise angegriffen, und man hätte eigentlich glauben sollen, der ganze Jörn von Herrn v. Puttkamer würde sich nicht gegen den Hauptmann Fischer, sondern gegen die Polizeispione und gegen die agents provocateurs richten. Aber weit entfernt davon, richtet sich sein ganzer Jörn gegen Fischer, der dazu beigetragen hat, Dinge zu enthüllen, womit er seinem Lande, und ich glaube auch Deutschland, eine große Wohlthat erwiesen hat, daß er nämlich diese korrumpirende und demoralisirende politische geheime Polizei an die Oeffentlichkeit zog. Herr v. Puttkamer hat in sittlicher Entrüstung erklärt, so etwas sei in Deutschland unmöglich und könne nur in einem Lande wie die Schweiz, eine Republik, vorkommen, wo gewissermaßen eine staatliche Desorganisation, eine Art Anarchismus existire. In Deutschland kommt Aehnliches vor. In Bezug auf Naporra in dem Prozeß gegen Witkowski und Genossen und in dem Polener Prozeß ist konstatiert, daß während der Voruntersuchung gegen die Angeklagten schwebte, der die Untersuchung führende Landrichter Ballieu die Untersuchungsakten dem Naporra zur Durchsicht eingehändigt und der letztere Meistintontizen in den Akten am Rande gemacht hat. Als ferner vor 2 Jahren der Reichstagsabgeordnete Antoine verhaftet wurde, publizierte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Briefe, die bei ihm vorgefunden worden waren; die Polizei oder der Untersuchungsrichter müssen das Original oder Abschriften an die Zeitung geschickt haben. In dem Fall Westermelle-Rozman wurde, während die Untersuchung im Gange war, ein Brief des Abg. Windthorst an Rozman, der während einer Hausdurchsuchung bei dem letzteren gefunden wurde, in der „Kölnischen Zeitung“ veröffentlicht, ohne daß Absender oder Empfänger etwas davon wußten; auch hier muß die Polizei den Brief der Zeitung zugesandt haben. Aehnlich erging es mir im Jahre 1870, als mein Freund Liebknecht und ich wegen Vorbereitung zum Hochverrath in Untersuchung gezogen waren; Briefe von uns, die damals in Braunschweig bei dem Ausschuss der sozialdemokratischen Partei beschlagnahmt waren und veröffentlicht wurden, können nur mit Zustimmung der betreffenden Behörden und Beamten veröffentlicht worden sein. Diesen Thatsachen gegenüber hat Herr v. Puttkamer gar keine Ursache, in sittlicher Entrüstung über den Polizeihauptmann Fischer auszubrechen, der obenein nach dem Züricher Strafrecht zu seinem Vorgehen berechtigt war. Die Züricher Regierung hat es denn auch abgelehnt, ihm eine Rüge zu ertheilen, erst der schweizer Bundesrath hat die Rüge beschossen, aber wir wissen ja, wie dergleichen zu Stande kommt. Herr Fischer wird sich über die Angriffe des Herrn von Puttkamer wohl hinwegsetzen können, nachdem ihm seitens der schweizerischen Bevölkerung die lebhafteste Genußnahme geworden ist. Die Urtheile in der Schweiz über das ganze System der agents provocateurs, wie es deutschseits seit zehn Jahren organisiert worden ist, werden hoffentlich dazu beitragen, daß ihm endlich der Hals gebrochen wird. In der Kommission erklärte Herr v. Puttkamer, daß die Angabe, Schröder habe mit preussischem Polizeigeld die „Freiheit“ gedruckt, unrichtig sei. Ich habe mich geirrt, daß er zur Feststellung dieser Thatsache 12 Tage Zeit gebraucht hat, besonders da der Polizeidirektor Krüger während unserer Verhandlungen auf der Tribüne anwesend war und mit dem Minister wiederholt konferirte. Demgegenüber will ich folgendes konstatiren, daß Schröder kein Vermögen besitzt, sein Geschäft eingeständenermaßen zum Schein betrieb, aus seinem Polizeigehalt den Druck der „Freiheit“ nicht bezahlen konnte, die anarchistische Partei danktrotz war, und die „Freiheit“ wäre, wenn sich nicht die preussische Polizei ihrer angenommen hätte. (Unruhe.) Die ganze Anarchisterei, welche zu zwei Dritteln ein von der Polizei künstlich erhaltenes Produkt ist, wäre damals schon mit dem Untergange der „Freiheit“ tödtlich getroffen worden, wenn nicht Schröder das nöthige Futter zur Erhaltung des Blattes herbeigetragen hätte. Weiter hat Herr v. Puttkamer erklärt, daß Schröder nicht durch Kaufmann der Polizei zugeführt worden sei. Die Thatsache erscheint mir ungeheuer nebensächlich zu sein, so daß ich darauf kein Gewicht lege. Das ist unbedeutend, daß er als agent provocateur der Berliner politischen Polizei thätig war. In Bezug auf den Hauptmann v. Ehrenberg hat Herr v. Puttkamer geäußert, derselbe sei nicht von der Polizei bezahlt. Ich nehme das als glaubwürdig an. Alle meine übrigen Behauptungen über Ehrenberg halte ich aber aufrecht, namentlich auch die öfteren Konferenzen desselben mit dem vorgesetzten Gesandten in Bern. Was die Echtheit der von mir vorgelegten Aktenstücke betrifft, so bemerke ich, daß, nachdem Ehrenberg unter Bruch seines Ehrenwortes sich aus dem Staube gemacht, die

Bürcher Polizei infolge der Anschuldigungen gegen Ehrenberg die Redaktionen der hervorragenden Zeitungen eingeladen hat, Einsicht in die Akten zu nehmen, was nach dem bürcher Recht zulässig ist. Bei dieser Gelegenheit sind die Aktenstücke abgeschrieben und mir übermittelt worden. Der Schweizerische Bundesrat hat nun Ehrenberg und eine Anzahl seiner Komplizen außer Landes gewiesen, weil sie, wie es in dem offiziellen Erlass heißt, während ihres Aufenthalts in der Schweiz der anarchistischen Partei angehört, das Asylrecht gemißbraucht hätten und die Doltin der Anarchisten in ihrer Heimath zur Geltung zu bringen suchten. Dieses Aktenstück des schweizerischen Bundesraths kann doch unmöglich den Militärbehörden in Karlsruhe, wo sich Ehrenberg aufhielt, unbekannt geblieben sein; ich habe aber weder von der Einleitung eines strafgerichtlichen, noch eines ehrengerichtlichen Verfahrens gegen Ehrenberg etwas gehört. Ich erinnere dem gegenüber an den Fall Dinze, dem der Majorsstitel aberkannt worden ist; und erst jüngst ist noch einem Freunde von mir, einem Militärarzt in der Helvete, der Abschied zugewandt worden, weil er Sozialdemokrat sei. Herr v. Buttler hat sodann mitgetheilt, daß das Posener Landgericht die Zeugen Jhring und Naporta für völlig glaubwürdig erklärt habe. In den Zeitungsberichten über den Posener Prozeß habe ich keine Zeile gesehen, daß das Posener Gericht den Jhring gewissermaßen rehabilitirt habe. Ich habe dazu die Erklärung eines der beteiligten Rechtsanwalle erhalten, in der es heißt, das Posener Landgericht habe es ausdrücklich abgelehnt, ein Urtheil über die Glaubwürdigkeit des Jhring im allgemeinen abzugeben, er wolle die Berliner Vorgänge nicht in den Kreis der Beachtung ziehen, es frage sich nur, ob die Zeugen Jhring und Naporta in Bezug auf die für den Posener Prozeß wichtigen Thatsachen glaubwürdig seien. Diese Frage sei von dem Gericht bejaht worden, zumal sämtliche Angaben des Jhring durch die eigenen Angaben der Angeklagten bestätigt worden seien. Der Berliner Prozeß kann ja auch bei dem Posener Gericht keine Rolle spielen. Wie könnte sich das Posener Gericht herausnehmen, über das Berliner Gericht zu urtheilen, während demselben nicht einmal die hiesigen Akten vorgelegen haben. Weiter hat Herr v. Buttler behauptet, daß dem Berliner Gericht, als es über die Glaubwürdigkeit des Zeugen Christensen sich entschied, nicht gewußt habe, daß derselbe wegen Verbreitung sozialistischer Schriften angeklagt sei. Das war dem Gericht wohl bekannt, Christensen ist ja aus der Haft vorgeführt worden. Das Gericht konnte an dieser Thatsache um so weniger Anstoß nehmen, als die Aussagen Christensens von sieben anderen Zeugen bestätigt wurden. Ein Vergehen, das höchstens mit sechs Monaten bestraft werden kann, kann doch auch unmöglich die Glaubwürdigkeit eines Zeugen beeinträchtigen. Wenn man jemanden, der im Gefängnis gewesen, nicht als glaubwürdigen Zeugen mehr sollte anerkennen wollen, dann müßte man auf manches Zeugniß verzichten, und die Berliner Staatsanwaltschaft würde sich der größten Inkonsequenz schuldig machen, die nicht für den nächsten Dienstag als Belastungszeugen gegen meine eigenen Parteigenossen vorgeladen hat. Auch der Fall Witkowski ist vom Minister nicht richtig dargestellt worden. Das Gericht hat seiner Aussage keine Glaubwürdigkeit beigelegt und konnte es auch nicht, denn von den fünf Richtern des Kollegiums hatten vier in einem anderen Prozesse, der wenige Tage vorher verhandelt war, erklärt, daß Witkowski durchaus ungläubwürdig sei. Wir haben bei dieser Gelegenheit die interessante Thatsache erlebt, daß zwei Mitglieder des Bundesraths die Rechtsprechung der deutschen Gerichte in einer Weise kritisiert haben, daß man im Hause und in der Presse allgemein glaubte, man wolle dadurch einen moralischen Druck auf die deutschen Gerichte ausüben, damit sie in künftigen Fällen schärfer gegen die Sozialdemokraten urtheilen. Durch sieben Zeugen außer dem Zeugniß des Christensens ist also festgestellt worden, daß Jhring sich der schwersten Majestätsbeleidigungen, sowie der Verleumdung gegen einen Prinzen des königlichen Hauses schuldig gemacht hat. Jhring hat die Thatsache in der ersten Instanz abgeschworen, in der zweiten hat das Gericht entschieden, daß dieser Eid falsch sei. Weiter hat Jhring zugegeben, daß er meinen Parteigenossen die Geheimnisse gelebt und als Paraphrasen die Worte „Kauf Revolver“ benutzt habe. Wenn dies die Stützen von Staat und Gesellschaft sind, so gratulire ich dazu! Auch gegen die Glaubwürdigkeit des Naporta hat das Posener Gericht keine Bedenken gehabt; es ist aber festgestellt worden, daß er unter Zustimmung des Polizeikommissärs Schöne in dem polnischen Handwerkerverein sozialrevolutionäre Flugblätter vertheilt hat, welcher Verein an sich keine Politik treibt. Naporta hat außerdem, als eine Versammlung aufgelöst wurde und Tumult entstand, geäußert: „Wenn jetzt 48 Wäre, würde man mit Stöcken auf die Schulgelehrten einhauen.“ Er hat allerdings nachher beschworen, eine solche Aeußerung nicht gethan zu haben; der Zeuge Gionterwicz machte indessen auf den Gerichtshof einen solchen Eindruck, daß derselbe die Aeußerung als erwiesen erachtete und das schließlich auch Naporta zugeben mußte, es sei möglich, daß er so etwas gesagt haben könne. Aber auch hier hat es bisher keine Anklage wegen Meineides gegeben (Ruf: Nein, aber das Allgemeine Ehrenzeichen!); rundern kann man sich darüber aber freilich nicht, in einer Zeit, wo es vorkommt, daß hochgestellte Personen beschwören, mit einer bestimmten anderen Person in keiner Beziehung gestanden zu haben und im Laufe eines Prozesses dann nachgewiesen wird, daß sie mit dieser Persönlichkeit nicht bloß in brieflichem, sondern auch in persönlichem Verkehr gestanden haben. Ich meine den Fall Strecker und das sagt alles. Vor kurzem ist ein Buch erschienen „Das unterirdische Rußland“ von Stepiak; es enthält eine wahre Glorifizierung der russischen revolutionären Bewegung und greift die russische Staatsverwaltung und Regierung in der bestigsten Weise an. Diese Schrift ist auch in Deutschland sofort nach ihrem Erscheinen verboten worden. Der Uebersetzer ist der königlich preussische Polizeispion und ehemalige bayerische Lieutenant Max Trautner, der seinen Aufenthalt in der Schweiz dazu benutzte, diese Schrift den Deutschen zugänglich zu machen. Sie sehen, was alles unter diesem Polizeisystem möglich ist! Diese Rollen haben übrigens die Herren von der geheimen Polizei von jeher gespielt; die Fälle, die wir früher vorgebracht haben, sind eben nur, weil sie nicht öffentlich beglaubigt waren, der öffentlichen Aufmerksamkeit mehr entgangen. Ich erinnere nur an den Zeugen Horich, den der Polizeirath Rumppf akquirirt hatte, und welcher der Veranlasser zu dem ersten Hochverratsprozesse war. Das Reichsgericht hat freilich die Zeugenschaft dieses Mannes nachher desavouirt. Horich trifft in Wahrheit die moralische Verantwortlichkeit für die Ermordung Rumppfs. Er hat in den anarchistischen Kreisen eine solche Erbitterung gegen Rumppf hervorgerufen, daß diese schließlich zum Mordanschlag schritten. Ohne das Vorgehen der agents provocateurs lebte Rumppf wahrscheinlich heute noch. Eine Menge anderer Fälle sind vorgekommen. Neumann, der 1880 81 die „Freiheit“ in Massen kolportirt hat, wurde von uns als Polizeispion entlarvt und sieht noch heute im Dienste der preussischen Polizei in Hannover, wo ihn die Herren v. Bennigsen und Winthorst persönlich kennen lernen können. (Weiterkeit.) Ich erinnere ferner an den Friedemann in der Schweiz, der das Lied von Heinrich Heine: „Die beiden Grenadiere“, folgendermaßen parodirte: „Was scheidt mich Weib, was scheidt mich Kind, ich trage weit höheres Verlangen: laß sie betteln gehn, wenn sie hungrig sind, mein Kaiser, mein Kaiser muß hangen!“ Ferner war in Zürich der Sohn des konservativen Grafen von der Goltz mit Sozialisten bekannt geworden. Man erzählte von ihm, daß er einen großen Theil einer ihm in Aussicht stehenden Erbschaft der Sozialdemokratie zuwenden wollte. Flugs berichtete das Friedemann an den Herrn Polizeidirektor Krüger, dieser es an den Vater des Herrn v. d. Goltz, welcher dann seinen Sohn vor der Gesellschaft warnte, da Friedemann ein Spion sei.

Auch Friedemann ist also so von uns entlarvt worden. Der Elias Schmidt, der wegen schwerer Urkundenfälschung verfolgt wurde, bot seine Dienste als Polizeispion in Zürich an und diente dann als agent provocateur. Als er entlarvt wurde, kehrte er nach Dresden zurück, wurde vom Dresdener Schwurgericht zu vier Jahren Zuchthaus verurtheilt (hört, hört!), später aber begnadigt. Ein anderer Polizeispion war Weis, der in Basel Plakate, welche das Attentat Stellmacher's verberichten, verbreitete. In der Schweiz herrscht über diese Zustände große Verwirrung. Wenn Sie jetzt auf einer Vergnügungstour in der Schweiz in Zürich bei den Kolporteurs auf dem Bahnhof sozialistische Schriften kaufen, so wird dies sofort an die Grenze gemeldet und dort wird Ihr Gepäck ganz genau untersucht. Trotz allen äußerlichen Entgegenkommens denken auch die schweizerischen Behörden anders über diese Dinge, die ohne das Sozialistengesetz unmöglich wären. Vor Erlass dieses Gesetzes haben wir von Polizeispionage und agents provocateurs nichts gehört, jetzt ist dieses System weiter und weiter ausgepönbelt worden. In allen größeren Städten, auch im Ausland, in London, Paris befinden sich geheime Polizisten unter den Sozialdemokraten. Was hat nun dieser ungeheure Apparat für Resultate erzielt? Die Regierung hoffte mit Hilfe des Spionagesystems hier mit überraschenden Thatsachen auftreten zu können, aber trotz der Geheimpolizisten an allen Ecken Europas hat sie nichts zur Begründung des Gesetzes beibringen können, und wenn die Mehrheitsparteien nicht von Klassenhaß und andererseits von Vereinstwilligkeit gegenüber der Regierung von vornherein beeinflusst würden, würden sie auf die Begründung der Regierung hin dieses Gesetz nie annehmen. Sie betrachten sich als die Hüter der öffentlichen Ordnung und Sitte. Es giebt aber kein Gesetz, welches mehr gegen die öffentliche Ordnung und Sitte verstößt als dieses. Schaffen Sie es sobald als möglich aus der Welt, sonst wird es Ihnen einst zum Fluche gereichen.

Minister von Puttkamer: Die historischen und philosophischen Ausführungen des Abg. Bebel würden mich nicht zu einer nochmaligen Polemik gegen ihn veranlassen, seine eigenthümliche Weltanschauung — das will ich zu seiner Entschuldigung gelten lassen — führt ihn zu einer diametral entgegengesetzten Stellung, wie die meine ist, er hat selbst gesagt, ein Einverständnis ist nicht möglich. Dagegen hat er auch heute wieder mit Empfindung betont, daß seine Partei sich innerhalb der Gesetzmäßigkeit halte und nicht zu einer gewaltsamen Lösung der Frage dränge, daß sich alles die öffentliche Meinung von selber machen werde, aber er hat einschränkend hinzugefügt, „nur, wenn die bestehenden Massen sich von der vollkommenen Berechtigung seiner Anschauung überzeugen“, sonst würde es so geben, wie in St. Gallen proklamirt sei, also auf dem Wege der Gewalt, unter Umwehung von parlamentarischen Wege. Das alles ist so oft wiederholt, daß eine Ergänzung überflüssig ist. Ich schweige auch von Plato und den Utopisten. Nehmen Sie das Gesetz in dritter Lesung an, dann werden Sie der deutschen Nation einen besseren Dienst erweisen, als der Abg. Bebel thun kann. Der Abg. Bebel hat heute wiederum behauptet, daß die preussischen Behörden sich der agents provocateurs bedienten. Es ist unklar und erfunden, daß der Herr v. Ehrenberg irgendwie mit den preussischen Behörden in irgend einer geschäftlichen Beziehung gestanden hat. Der Abg. Bebel wird in der nächsten Zeit in der Lage sein, als Zeuge über diese Dinge aufzutreten, denn der Herr Kriegsminister hat das Kommando des 15. Armeekorps erlucht, die Untersuchung über Herrn v. Ehrenberg einzuleiten. Herr Bebel hat nicht einen Punkt für die Behauptung beigelegt, daß von Ehrenberg agent provocateur oder überhaupt im Dienste der Polizei sei. Das sind überflüssige Monologe, die die Zeit des Hauses mißbrauchen. Unwahr ist ebenso die ganze Episode mit dem Briefe des Haupt. Der Herr Kriegsminister hat bereits nachgewiesen, daß der Truppentheil vollkommen korrekt gehandelt hat. Diese Mittheilungen werden nur gemacht, um ein verdächtiges Licht auf die militärischen und Polizeibehörden zu werfen, als hätten beide kolludirt, um sich des Haupt als Polizeispion zu bedienen. Ich muß den Abg. Bebel auf dieser unrichtigen Behauptung festnageln. Entschieden protestire ich auch dagegen, daß die „Freiheit“ mit dem Gelde der preussischen Polizei in Zürich gedruckt werde. Ob das 12 Tage gedauert hat, um das festzustellen, ist gleichgültig, ich pflege meine Untersuchungen mit aller Genauigkeit zu machen. Die mir zugegangenen amtlichen Berichte, an deren Glaubwürdigkeit zu zweifeln für mich geradezu ein Frevel wäre, ergeben ohne Zweifel, daß niemals, zu keiner Zeit, in keinem Falle mit Wissen der preussischen Polizei die „Freiheit“ in Zürich gedruckt worden ist. Allein für richtig könnte gehalten werden, daß der Herr Schröder allerdings die vier oder fünf Exemplare der „Freiheit“, die die preussische Polizei für sich getraut, eingeschickt hat. Die Quelle des Herrn Singer für diese Behauptung ist der Drucker der „Freiheit“ Wilhelm Bühler. Wer die „Freiheit“ kennt, weiß, daß jeder, der sich mit diesem Prozeß befaßt, von vornherein ein ungläubwürdiger Mensch, und jeder Gemeinheit, jedes Verdrehens fähig ist. (Sehr richtig! recht.) Den Fall Kaufmann hat Herr Bebel selbst preisgegeben. Wenn er darüber so leicht hinweg geht, hätte er das doch nicht erst zur Sprache bringen müssen. Dann hat Herr Bebel seinen Freund, den Polizeihauptmann Fischer, in ein vorthellhaftes Licht zu stellen gesucht. (Lachen rechts.) Dieser ist von seinen Vorgesetzten als ein durchaus ungläubwürdiges Subjekt bezeichnet worden (Abg. Bebel: Subjekt!), Mann, Beamter. In dem von Herrn Singer unter der Epigmarke „Wortgetreue Abschrift“ vorgelegten gedruckten Schriftstück enthalten die Haupt und Schröder betreffenden Punkte ein so komplizirtes, thatsächliches und geschäftliches Material, daß es mehr als fraglich ist, ob es möglich gewesen ist, dieses Material ohne Einblick in die Akten zu sammeln. Höchst wahrscheinlich sind also die Herren Bebel und Singer durch den Polizeihauptmann Fischer in die Lage gebracht worden, die Akten kennen zu lernen. Ferner gehört zur Sammlung und Sichtung eines solchen Materials eine sehr erhebliche Zeit, und doch haben die Herren das ganze Material an einem und demselben Tage gesammelt. (Hört, hört!) Es handelt sich hier lediglich um ein abgelartetes Spiel, erfunden, um auf die Thätigkeit der preussischen Polizeibehörden ein schlechtes Licht zu werfen. Diese ganzen angeblich in der Schweiz vorgekommenen Dinge fallen vollständig in ihr Nichts zusammen. (Abg. Singer: Das ist arg!) Und wenn Herr Bebel noch andere Fälle von Weis, Neumann, Friedemann hinzusetzt, so ist in keinem einzigen dieser Fälle von einem agent provocateur die Rede. Es sind bezahlte Spione, diese Thatsache erkenne ich prinzipiell und generell an. Wir müssen zu dem traurigen Mittel greifen und Leute aus jener Partei laufen, um hinter die Vorgänge in derselben zu kommen. Das erkenne ich unumwunden an und mache mir kein Gewissen daraus. Es hat uns auch noch niemals an Angeboten dazu gefehlt (Weiterkeit), ich werde geradezu bestürzt um Beschäftigung in diesem Zweige. (Große Heiterkeit.) In dem Verbalten der Herren Sozialdemokraten gegen die beiden oft erwähnten Polizeibeamten herrscht Methode und Konsequenz. Ein Rudel von Wölfen könnte nicht heißhungriger, zäher und rastloser hinter seiner Beute herstürzen, wie es von den Herren geschehen ist, um die beiden Beamten durchaus ins Verderben zu stürzen. Kaum ist in der Posener Gerichtsverhandlung der Beweis durch eine feierliche Erklärung des Gerichtsvorgängers erbracht worden, daß diese Beamten vollkommen glaubwürdig sind, tritt der Abg. Bebel mit neuem Material heroo, daß sie doch ungläubwürdig sind und es ein Skandal sei, sie in Schutz zu nehmen. So sehr ich die Pflicht anerkenne, von jedem mit untergebenen Beamten die strengste Pfllichterfüllung, wenn es nöthig ist, Opfer an Leib und Leben zu verlangen, so erkenne ich andererseits als meine heilige Pflicht an, wenn ich überzeugt bin, daß einem Beamten Unrecht ge-

schehen ist, mit aller Kraft für ihn einzutreten. (Bebel: Ich habe die Pflicht, wenn ich es nicht thäte. Gerade die Beamten Jahre lang mit Hohn, Drohungen und Schimpfen verfolgt und durch die Presse gehetzt sind und weil ich Pflichttreue übertreibe bin, habe ich die Auszeichnung einer Beförderung über ihr Dienstalter hinausgeholt und die sie noch halten hätten, wenn dieser Fall nicht vorgekommen wäre, kann ich vor meinem Gewissen vertreten. Es ist unrichtig, was dem Abg. Bebel durch den betreffenden Anwalt zugetragen worden ist, daß der Vorsitzende des Landgerichts in dem Prozesse des Berliner Vorprozesses Erwähnung gethan hat. Im Gegentheil, er hat gerade die Aufgabe unseres Gerichtshofes nicht sein, das Berliner Vorprozesses genau zu prüfen, aber ich muß betonen, die Glaubwürdigkeit des Herrn Christensen diesen Beamten über durch die nach dem Berliner Prozeß bekannt geworden Thatsachen in erheblichem Maße herabgemindert ist. Ja auch gar nicht anders möglich, wenn man die Akten der Akten des Berliner und Plauerer Gerichts Posener Gericht vorgelegen zum Zweck der allgemeinen Beurteilung über die Sachlage. Das Posener Gericht hat in der Beurteilung erkannt und festgesetzt, daß diese Beamten die Untriebe der sozialdemokratischen Partei Jahre lang ihren guten Namen gebracht sind. Und ich will hier tragen, ihnen denselben zu verschaffen. Der Abg. Bebel hat neulich mit nicht miszuverstehender Deutlichkeit angegeben, daß er von mir in unerhört schroffer und in dieser Weise angegriffen worden sei. Ich bedauere das sehr lebhaft, eine persönliche Beleidigung hat mir gänzlich gelegen, ich habe nur im Interesse der Sache gesprochen. Vielleicht war meine Sprache etwas sehr erregt. Ich nicht mit den Gründen für diese Erregung zurückzugehen glaube in der Rede des Abg. Bamberger vom 28. d. d. schwere und gebäufige Insinuationen gegen preussische die unter mir arbeiten, gehört zu haben. Nach innerungen, und wie die Morgenblätter meldeten, Abg. Bamberger wenigstens bedingt den Verdacht, daß diese Beamten, welche den Agenten Schröder ihre Instruktionen gegeben hätten, wohl auch die Liste nach Zürich gebracht haben könnten. Das liegt die Behauptung des Abg. Bebel hinter mir weder dieser noch der Abg. Singer haben es so weit zu gehen, die Vorgesetzten des Schöner Haupt anzugreifen. Ich war dadurch in eine sehr unangenehme Lage gerathen, so daß ich zugebe, ich bin vielleicht in meinen drücken über das Maß hinausgegangen, was ich mir erlege. Als ich diese zittren Aeußerungen des Abg. Bebel gehört hatte, dachte ich mir, du hast doch wohl die Wortlaut dessen zu vergleichen, was du im Gedächtnis die Morgenblätter, die zum Theil stenogrammiert sind, bringen. Ich ließ mir das wöchentliche Stenogramm vorlesen, wer beschreibt mein Erstaunen, als ich sehe, daß die Verhältnisse des Abg. Bamberger einen ganz anderen Charakter haben. (Weiterkeit.) Ist das vielleicht wieder aus dem ex ma hina erscheinende Setzer gewesen? (Bebel: Ich sagte mir, wenn der Abg. Bamberger sich so mißbilligend äußert, so habe ich über die Stränge gehauen. Der Widerspruch, um dessen Klärung ich den Abg. bitte. Ich hatte folgendermaßen verstanden, und die blätter am folgenden Tage brachten es ebenfalls, weise auf das in der Regel sehr korrekte Stenogramm der Norddeutschen Allgemeine Zeitung.“ Ich will gar nicht einmal der Annahme unbedingt Glauben schenken, daß die Dynamik der Mittelung die Rede ist, durch dieselben Urtheile anderen Insinuationen der Herren Schröder und Bebel haben, nach der Schweiz befördert sei“ (hört, hört!) Ich will diesen an sich ungläubwürdigen Linsingen Punkt nicht in Zweifel lassen.“ Dagegen steht im amtlichen phischen Bericht: „Ich will gar nicht einmal der schon selbst unbedingt Glauben schenken, daß die von der in der Mittelung die Rede ist, durch Schröder und Haupt nach der Schweiz befördert werden u. i. m. Hier liegt ein dunkler Punkt vor, dessen ich meinerseits dringend wünsche. Ich halte das Stenogrammen für keine Sünde. Ich selbst mache Gebrauch davon, wo es sich um stilistische Glättungen Da ist es eine logische und parlamentarisch zulässige dieses Mittels zu bedienen. Der Abg. Bamberger dings gesagt, es sei nicht seine Gewohnheit, er ändere was möglich. Es wäre mir deshalb interessant, zu das hier gethan hat. Sollte das hier nicht der Fall sein, ich in eine sehr ungünstige Lage, denn meine behauptungen beruhen auf der Voraussetzung, daß er diese behäufige Insinuation über die preussischen Beamten, treuften Instruktionen gegeben haben, gemacht hat, ihn um Aufklärung. (Abg. Bamberger: Ich habe ändert; aber ich muß es erst sehen, ich erinnere mich ändert zu haben!) Ich bitte den Herrn Präsidenten, dichten, ob das offizielle Stenogramm von seiner Seite Sinne geändert ist oder nicht. (Weiterkeit.) Im Sinne annehmen. (Abg. Bamberger tritt an den Herrn und läßt sich das Manuscript, aus dem der Herr hat, zur Einsicht geben.)

Sächsischer Generalstaatsanwalt Held will geschiedenen Aeußerungen Bebel's (namentlich in der Konstatiren, daß das Gros der aus Sachsen ausgewanderten, Verurtheilungen. Falsch sei eine Aeußerung Bebel's, Generalstaatsanwalt) einen gegen die Gerichte gemachten, als milder Urtheile habe in der Kommission erlassen. Als ein richterliches Mitglied in der Kommission hätte den betreffenden Vorwurf des Redners nicht erheben. Er habe nur gesagt, daß die Gerichte Thatsache nicht alle Verbrechen mit der Schärfe treffen, Schwere des Verbrechens zu erfordern scheine. Er noch jetzt seine Meinung. Namentlich seien die sehr bereit, mildernde Umstände anzunehmen. Lage anlange, so frage er Herrn Bebel, was für wohl haben würden, wenn wir das Sozialistengesetz Man möge ihm noch ein Wort des Abschiedes sagen. Herr Bamberger habe ihm neulich in Bezug der Vorlage vorgeschlagenen Verschärfungen des rufen: „Zurück, Du rettetest den Freund nicht, Bamberger werde diesmal wohl recht behalten. Ich Jahre werden hoffentlich Bamberger sagen.“ Ich mir die Bitte, in Eurem Bunde der Dritte.“ (Bebel: Abg. Oetrichäuser (nl.): Der Abg. Bebel hat Kritik meiner Partei verlesen, daß wir auch an den Gesetzen mitgewirkt haben, die bestimmt sind, das Reichs Arbeitergehern und Arbeitern zu bessern. Wenn dann der uns anderen Kulturstaaten gegenüber in den Wintermonaten weil wir solche Ausnahmegesetze haben, so ziehe ich entgegengesetzten Schluß: wenn wir zur Sicherung der Lage Ausnahmegesetze brauchen, so verdienen die Anerkennung, daß wir gerade von allen Völkern die und die kulturellen Aufgaben am meisten versehen. Wirksamkeit und den Erfolg des Gesetzes betrachten. Erlass desselben niemand geglaubt, damit die Verwirklicht oder das Sammelsurium von mildernden Gesetzen hat, daß sie selbst betrogen. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, die tratie vernichten zu können, wir müssen uns begnügen

...entgegenzusehen." Und der Herr Minister hat gesagt: "Wir haben der Sozialdemokratie die Mäßigung aufgezwungen und revolutionäre Ausschreitungen hintertrieben, wir haben ihr die Zurückhaltung aufgezwungen, die wir zu unserer Zurückhaltung bedürfen." Auf Grund meiner vielseitigen Erfahrungen kann ich konstatieren, daß das Sozialistengesetz eine Besserung des Verhältnisses von Arbeitern und Arbeitgebern einen entscheidenden und ausschlaggebenden Einfluß gehabt hat. Ein gewisses Mißtrauen und eine Zurückhaltung gegenüber den wohlwollenden Intentionen der Arbeiterschaft ist ja nicht verschunden und es mag wohl mancher Einzelne es vorziehen, sein Geld nicht in Unternehmungen zu investieren, um nicht sozialistischen Ausschreitungen ausgesetzt zu werden, wie sie vor dem Sozialistengesetz so häufig waren. Aber ich glaube ich sagen zu dürfen, daß wir heute von einer Verbesserung des Sozialistengesetzes vollständig absehen können. Ich glaube sogar, daß wir nach zwei Jahren erwägen können, mit nicht das Gesetz mildern können, sei es in der Form eines Spezialgesetzes, oder in der Form einer Einfügung in das allgemeine Recht. Wollten wir jetzt schon den Sozialisten dieselbe Pressefreiheit, dasselbe Vereins- und Versammlungsrecht zugestehen wie vor 1878, so würden wir sofort dieselben Dinge sich wiederholen sehen, wie wir sie damals gesehen haben. Mit bloßer mechanischer Repression können wir die sozialdemokratische Bewegung nicht eindämmen, die das Gesetzgebung und die Arbeitgeber müssen sich die Mühe machen, um durch positive Maßregeln die Quellen der Sozialdemokratie zu verstopfen. Nicht eine sozialpolitische Maske Sozialreform, wie Herr Bebel sich ausdrückte, sondern ein Wort von so hoher Bedeutung, daß noch kein anderer Mensch sich daran gewagt hat. Wenn heute vor 10 Jahren Bebel hier vorausgesagt hatte, daß nicht von irgend einem Individuum, sondern von den verbündeten Regierungen in den nächsten Tagen ein Gesetz auf den Tisch des Hauses niedergelegt werden würde und zwar mit Aussicht auf Annahme, so hätte 10 Millionen deutscher Arbeiter eine Alters- und Invalidenpension zusehen, er wäre ein lächerlicher Ideologe geworden. Damit sind aber die Arbeitgeber der Verbündeten nicht entbunden, über die immerhin mechanischen Maßnahmen hinaus auch ihrerseits für das Wohl der Arbeiter zu sorgen. Die deutsche Industrie ist auf diesem Gebiete — ich darf es mit Stolz sagen — nicht müßig gewesen. Nicht das Beispiel derjenigen Industrien, welche so bedeutende Wohlfahrtsanstalten für Arbeiter gemacht haben, Nachahmung finden und möchten. Die Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber immer friedlicher gemacht werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Ruy (L.): Eine Verschärfung des Sozialistengesetzes ist für uns so notwendig, als die sozialdemokratische Bewegung sich in eine starke und feste Organisation verwanbelt hat. Die Sozialdemokraten doch zur Verbreitung ihrer Lehren eine sog. Weltpost begründet. Der Zusammenhang zwischen Sozialdemokratie und Anarchismus kann nicht mehr getrennt werden. Die vielfachen Keimen der sozialdemokratischen Bewegung nach den Zentren des Anarchismus, nach London, der Schweiz und den Vereinigten Staaten würden dies beweisen, wenn wir nicht aus dem St. Gallener Parteiprogramm wüßten, wie der Unterschied zwischen Anarchisten und Sozialdemokraten zu schwinden beginnt. Mögen die Herren ihre Aufträge noch so harmlos hinstellen, das ist aber ihre Rede heraus: ihr Arbeiter müßt revolutionären Ideen abwarten, bis wir das Signal dazu geben. Herr Bebel hat die Attentäter feierlich hinverbrannt Leute gewesen, die hat ihnen aber das Hirn verbrannt? Doch Niemand hat jemals als die Sozialdemokraten mit ihren Lehren und Schriften, als Agitatoren, die sich noch obenhin der Gerechtigkeit zu empfinden wissen, ist keine Strafe hart genug. Ich hoffe, daß nach zwei Jahren durch eine Verschärfung des Sozialistengesetzes die Mittel zur Bekämpfung des inneren Feindes wieder gewonnen wird, die sie zur Bekämpfung des äußeren Feindes gebrauchen. (Beifall rechts.)

Abg. Hammer: Ich war sehr begierig, wie der Minister sich über seine neulichen heftigen Angriffe gegen mich — ich habe sie ironisch genannt und halte diesen Ausdruck aufrecht — verhalten würde. Er hat gesagt, daß er aus meiner Rede nicht erkennen direkte Anklagen gegen ihn, sondern nur indirekte Insinuationen hätte gelaugt herausnehmen zu können. Herr, der so empfindlich ist für das, was er selbst in seiner eigenen subjektiven Auffassung als verdeckte Insinuation ansieht, beginnt seine Auseinandersetzung heute gegen mich mit einer ganz nackten Insinuation der größten Art, indem er mich einen rührenden Druckfehler als deus ex machina mit zu Hilfe kommen läßt. Wenn ich Herrn v. Puttkamer ein solches Wort ausgesprochen hätte, wie viel Gift und Galle, wie viel geistige Anspielungen und gereizte Pfeile hätte er mir vorgehalten. In jener Sitzung ist nicht bloß vollständig klar gestellt worden, daß ich absolut unschuldig war an dem, was geändert... (Widerstand rechts.) Wenn Sie protestieren, so bitte Sie, die protestieren, sich zu nennen. (Abg. v. Hammer: Ich!) Gut, dann wird mit Herr v. Hammerstein den Vorwurf lesen, weshalb ich schuldig war, daß ich in irgend einer Weise mittelbar oder leitend eingegriffen habe, um die Meinungen zu ermöglichen. (Zurufe rechts: unterlassen!) Wo Herr v. Puttkamer hat heute zu versichern gegeben, als träte er irgend eine Schuld daran, daß der Seiger des Stenogramms aus dem im Manuskript stehenden Wort "vernichtend" gemacht hat, und jetzt wird die Auslegung so gefunden, um die Anklage zu retten, als ich verpflichtet gewesen, das zu korrigieren. (Zurufe rechts: unterlassen!) Ja, wissen Sie, wenn ich das korrigiert hätte, was ich getan hätte, Sie hätten behauptet, "vernichtend" wäre nicht als "verachtend". (Lachen rechts.) Gott im Himmel, ist denn das für ein Unterschied. Ich behaupte, "vernichtend" ist schlimmer als "verachtend". Das ist ja ein Streit über das Feuer und das Licht, oder v. e. r. wahr das Feuer und das Licht. (Sehr gut! links.) Wer immer eine solche Antwort gibt, in dem steckt wirklich doch die Verachtung, und meinethwegen hätte Herr v. Unruhe, als er mit den gewichtigen Worten behauptete, daß der Druckfehler nicht werden sollte in dem Stenogramm, auch sagen können: "Ich habe bloß verachtet, sondern vernichtend — das wäre ganz dieselbe Gedanke gewesen. — In einer persönlichen Beziehung habe ich genau erklärt, daß es sich nicht um Deutsch-Handel handelt. Ich behaupte nicht, daß man im Auslande den Namen Bismarck oder den Grafen Moltke oder das deutsche Reich oder die deutschen Beamten so ansieht, daß sie alle Angelegenheiten, mit ihnen zu tauschen, verachtend zurückweisen können. Wenn ein Staatsanwalt in einer Adresse ungeachtet der Majorität des Deutschen Reichstags habe vernichtet, schmähliches Verhalten an den Tag gelegt, dann sage ich, diese Volksovertretung steht nicht auf dem Standpunkt der Achtung, wie andere Parlamente. In England hätte man einen solchen Staatsanwalt vor die Barre des Parlamentes setzen, beim Bismarck genommen und ins Gefängnis geschickt. Die Bemerkung bezog sich nur auf die Stellung unserer Abgeordneten gegenüber den Mitgliedern der Mitglieder anderer Parlamente; und in diesem Sinne halte ich sie aufrecht. Und wenn die Herren behaupten, ich hätte mir eine sabellische Fälschung zum Schanden kommen lassen, indem ich an dem gedruckten Stenogramm nichts geändert habe. Wenn ich das Manuskript vor dem Fahren abgab vor mir gehabt, verglichen und nichts geändert hätte, so könnte man vielleicht sagen, ich hätte ändern lassen. Ich habe aber nur den Abzug gesehen und darin ist nichts ausgefallen; und wäre mir etwas ausgefallen, so hätte ich mich nicht der Gefahr aussetzen mögen, daß jemand gekommen wäre und gesagt hätte: hier hast Du etwas geändert.

Mir ist nun, als ich mich darauf berief, ich hätte nichts geändert, sondern der Seiger, die Insinuation gemacht worden, ich hätte vielleicht den Seiger bestochen. (Widerstand rechts.) Es ist mir von einem Mitgliede der Rechten gesagt worden, er hätte diese Neuerung neben sich gehört. Diese Insinuation wärmt der Minister wieder auf, obgleich sie durch die Thatfachen ein- fach widerlegt wird. Nun komme ich zur Sache selbst. Es ist ganz richtig, daß der negative Satz, den ich ausgesprochen habe, hier so abgemildert ist, daß statt "Arbeiter der Insinuationen" steht "die Herren Schröder und Haupt". Aber es ist ja gar keine positive Behauptung, die ich gemacht habe. Ich habe damals erklärt, es sei mir fern, Herrn v. Puttkamer oder einer höheren Ministerialbehörde den Gedanken zuzuschreiben, daß sie ihre Spione instruiert hätte zu agents provocateurs. Ich habe auch gar keine zweideutigen Worte gebraucht, ich habe bloß exponiert, daß man darauf vorbereitet sein müsse, daß eben solche Subjekte sich ausbilden würden zu agents provocateurs, und daß deswegen eine Art moralischer Verantwortlichkeit hier eintrete. (Nebener verliest die betreffende Stelle seiner damaligen Rede.) In meiner langen parlamentarischen Thätigkeit ist mir nie so viel Böses — ich will kein anderes Wort gebrauchen — gesagt worden, als von Herrn von Puttkamer zu einer Rede, in der ich von ihm persönlich auch nicht ein unglimpfliches Wort gesagt habe. Ich soll die soziale Gesetzgebung perfidiert haben. Ich habe diese Gesetzgebung ganz objektiv dargestellt. (Nebener verliest die betreffende Stelle seiner Rede.) (Unruhe rechts.) Sie werden schweigen, wenn ich, provozirt, mich verheißende, wie Sie schweigen, wenn der Minister spricht. (Abg. v. Nordhoff: Ich denke nicht daran!) Ich habe in meinen Ausführungen nicht den geringsten Anlaß zu dem Vorwurf gegeben, daß ich die Sozialreform perfidiert habe; ich habe vielmehr mit der allergrößten Ruhe und Gerechtigkeit über die Sache gesprochen. Herr v. Puttkamer vergleicht mich ferner mit einem Mann, der dialektische Trampolin- sprünge macht, dann lächelnd von der Tribüne abtritt und sich dem Beifall des Publikums empfiehlt. (Zustimmung rechts.) Ich entsinne mich, daß vor ungefähr einem Jahre, als Herr v. Puttkamer sprach, einem Mitglied des Hauses auf dieser Seite ganz unwillkürlich ein Wort — ich will es nicht nennen — entfiel, das noch etwas weniger schimpflich, als das von Herrn v. Puttkamer gegen mich gebrauchte ist, aber wesentlich auf dasselbe hinauskommt. Dieses unwillkürlich dem Seiger der Zähne entfallene Wort gab zu einem Ordnungsruf Anlaß, und ich bin fern davon, dagegen zu protestieren. Aber seine viel schlimmeren Neufassungen hat Herr v. Puttkamer thun können und die Rechte dazu "sehr richtig!" gerufen. Ohne dem Vetter unserer Geschäfte auch nur den Schatten eines Vorwurfs zu machen, dessen Unparteilichkeit und Wohlwollen ich für meine Person gern anerkenne, muß ich sagen, es hat sich die Praxis ausgebildet, daß die Minister gegen die Parlamentarier mehr Lügen haben als die Gesetze gegen die Minister. Das ist die Auffassung, die sich der Gesamtheit bemächtigt hat mit Einschluß der Leitung der Geschäfte. Mit diesem zweiten Streich noch nicht zufrieden, nannte Herr v. Puttkamer meine Ausführungen "leichte Phrasen". Früher erfolgte wegen des Ausdrucks "hohle Phrasen" der Ordnungsruf; aber auch diese Bemerkung des Herrn v. Puttkamer ging ungerührt durch. Wessen Gedanken tiefer sind, die des Herrn v. Puttkamer oder die meinigen, das können wir Beide nicht entscheiden; aber ich hätte das Wort nicht gebraucht, weil ich den Ordnungsruf gefürchtet hätte. Alles dies soll nun von mir durch die einzige Allianz provozirt worden sein, daß die Dynamikliste als eine von den Instruktionsgebern statt von Schröder und Haupt herkommende bezeichnet sei. Der Minister hat mir soeben vorgeworfen, daß ich persönliche Anspielungen mache und Spizen in meine Reden verpacke. Ich soll gesagt haben, daß er "vorschlüge" — ich habe das Wort in meiner Rede nicht eingebracht. Dagegen hat der Minister selbst in einer Erwiderung eine Verdächtigung meines privaten Charakters ausgesprochen und seine Bemerkung persönlich so zugespitzt, wie ich es mit einem Minister oder Mitgliede des Hauses gegenüber nie erlauben werde. Der Minister meinte, ich würde von dem Vorwurf und Feilschen mehr verstehen als er selbst. Wer mich kennt, weiß, wie unbegründet und unberechtigt ein solcher Vorwurf ist. Wenn ich weltliche Interessen verfolgte, würde ich etwas anderes treiben können, als das brotlose Metier eines Oppositionsmitgliedes des Deutschen Reichstags. Ich war gezwungen, als ich in das Ausland kam, mir eine Stellung zu suchen, mich selbstständig zu machen; ich war gezwungen, gegen meinen Geschmack — obwohl ich es nicht bereue, da ich darin unendlich viel gelernt habe — in die Geschäftswelt einzutreten; aber ich wäre nicht 15 Jahre darin geblieben, wenn ich es mit gewissen Gentlemen zu thun gehabt hätte, wie Herr von Puttkamer meint. Ob ich gesagt habe: ich glaube nicht, daß die Instruktionsgeber die Dynamikliste befördert haben, oder, ich glaube nicht, daß die Schröder und Haupt sie befördert haben, das kommt auf eins hinaus. Korrekturen mache ich vielfach nur in seltenen Fällen. Ich könnte Ihnen aber Beispiele von Korrekturen anführen, die vom Bundesrathstische aus gemacht sind. Die Herren v. Bötticher und Schraut haben seiner Zeit Jiffen, die sie über Ausfuhr und Einfuhr aufgestellt hatten und nachher als falsch erkannten, im Stenogramm geändert. Ich halte das auch für keine Sünde, und ebensowenig, wenn ein Satz, der etwas zugespitzt ist, eine geringe Abschwächung erfährt. Das ist also die ganze Sünde, die mir zur Last fällt und worauf Herr v. Puttkamer seine Verdächtigung dazu bezieht, mich mit solchen erniedrigenden Angriffen zu überschütten. Herr v. Puttkamer erklärte, es würde ihn freuen, wenn er bedauern könnte, mir Unrecht gethan zu haben. Ich hoffe, er wird jetzt zugeben, daß er mir Unrecht gethan hat. (Widerstand rechts.)

Präsident: Herr Abg. Hammer hat in seiner Rede bemerkt, daß sich der Gebrauch hier eingebürgert habe, seitens der Geschäftsleitung gegenüber den Mitgliedern des Hauses anders zu verfahren, als gegenüber den Mitgliedern des Bundesraths. Ich will mit Bezug hierauf nur die eine Bemerkung machen, daß ich sowie auch meine Kollegen stets verpflichtet halten werden, die Mitglieder des Reichstags gegen Verleumdungen durch Mitglieder des Bundesraths ebenso gut in Schutz zu nehmen, wie umgekehrt. Mein Herr Kollege, der bei jener Rede präsidirt hat, hat nicht geglaubt, daß damals eine Verleumdung vorgelegen habe, die weitere Maßnahmen nöthig gemacht habe, und dieser Auffassung kann ich mich meinerseits auch nur anschließen.

Abg. Schler (A. B.): Der arme, arme Herr Vorredner! Er ist der Mann, der Niemandem das Wasser trübt, und dem doch das Wasser von Jedermann getrübt wird, und auch ich werde von ihm den letzteren zugerechnet. In der vielberufenen Sitzung vom 28. Januar hat er meiner und des Herrn v. Kleist-Regow als loyalen, königstreuen Konservativen gedacht, die nicht nur an dem Gegenvärtigen, sondern an allem festhalten, was in den vergangenen 500 Jahren geschehen ist, und die doch recht gut als Genossen im Protokoll der Versammlung von St. Gallen hätten stehen können. Nun hat doch wohl Königstreue nicht auf der Tagesordnung in St. Gallen gestanden. Herr Hammerberger konfundirt ganz unvereinbare Begriffe, Kommunismus und Sozialismus, Sozialismus und Demokratie, um mich als einen konfusen oder gar gefährlichen, jedenfalls aber als einen lächerlichen Menschen darzustellen. Und das thut er offenbar mit Absicht, denn der gesunde Menschenverstand läßt diese himmelweiten Unterschiede ohne weiteres hervortreten. Ich bin nun faktisch ein Genosse der Herren Bebel und Liebknecht, soweit es sich um die Aufhebung der freien Konkurrenz und die Durchbrechung des Monopols des Geldkapitals handelt. Die Sozialdemokraten sind in verhängnisvollen Irthümern befangen, hinsichtlich der Mittel, der Ziele und der Art der sozialen Reform; aber diese Männer tragen in sich das Gefühl für das Elend der Menschheit

und wissen für diese Ideen zu leiden. Wo sind aber die Ideen des Herrn Hammerberger? Jede seiner wirtschaftlichen Ideen ist auch bereits an die 500 Jahre alt, d. h. längst antiquirt. Ich habe allerdings in meinen letzten beiden Reden sozialistische Ideen ausführlich entwickelt, aber sie auch gewissenhaft mit Argumenten und Thatfachen belegt, auch ganz präzise Fragen an die Adresse der Genossen des Herrn Hammerberger gerichtet. Statt darauf zu antworten, macht sich Herr Hammerberger mit schlechten Wigen aus dem Staube. Das wachsende Elend ist die notwendige Folge der staats- und volksfeindlichen Manchesterdoktrin von der absoluten Freiheit im Gewerbe. Herr Hammerberger hat im April 1886 den Schiller'schen Vers: "Einstweilen, bis den Lauf der Welt Philosophie zusammenhält, erhält sich das Getriebe durch Hunger und durch Liebe" als sein Glaubensbekenntnis vorgetragen. Hier wird also offenbar, daß Herr Hammerberger den Unterschied nicht begreift zwischen der Entwicklung der Menschheit, wobei doch die Vernunft konkurrenz soll, und der Entwicklung der Natur überhaupt, welche die unvernünftige Thierwelt und die Pflanzenwelt umfaßt. (Lachen links.) Nun gilt doch in der Natur nur das Recht des Stärkeren, während doch der Gottesfunke der Vernunft zu dem Zwecke da ist, daß sich der Mensch mehr und mehr von der blinden Begierde, von jenen Daseinstriebsfedern abschendeit (Heiterkeit links) und immer gottähnlicher werden möge. Herr Hammerberger nennt sich demnach mit Recht einen hartgeflossenen Manchestermann. Zwischen Sozialismus und Demokratie resp. Kommunismus, zwischen mir und den Herren Bebel und Hammerberger ist ein unüberbrückbarer Unterschied, zwischen den beiden Herren selbst nur ein Unterschied in der Modalität. Der beispiellose Ausschlag der Hohenzollern hat darin seinen Grund, daß die Könige dieser Dynastie stets sozialistische Könige, deutsche Sozialisten waren. Sozialistisch war die Stein'sche Gesetzgebung, war der Bruch mit dem Partikularismus, war der Bruch mit dem Manchesterprinzip 1879; und ebenso die kaiserliche Botschaft von 1881, die hochberühmte That, welche die Geschichte von dem gegenwärtigen Kaiser erzählen wird. (Beifall rechts.) In der herkulischen Arbeit der Durchführung können wir nicht Vertreter egoistischer Interessen gebrauchen, sondern nur Monarchen, welche in eminentem Sinne souverän sind. So wie unsere deutschen Fürsten den Feudalismus zerschmettert haben, haben sie auch aufgehört, Diener des Kapitalismus zu sein. — In der heutigen Debatte hat man die Hauptfrage, nämlich die Frage des Naturrechtsbegriffs, gar nicht erörtert, sie auch vorher von den Abg. Marquardsen und Reichensperger nur gestreift worden. Ich finde ganz im Gegentheil zu letzterem den zwingenden Grund für dieses Ausnahmegesetz nur im Naturrecht. Ich weiß nicht, ob man überhaupt davon sprechen kann, der Einzelne habe das Recht, irgendwo und irgendwie zu sein, nach dem Naturrecht handelt es sich nur um die Macht; das allgemeine bürgerliche Recht scheint mir nicht ein Korrelat als vielmehr ein Gegenpaar zum Naturrecht zu sein; es ist nicht die Natur, sondern der Staatswille. Allerdings steht es jedermann frei, den Staat nicht mehr anzuerkennen, in demselben Augenblick aber tritt er aus der Sphäre des bürgerlichen Rechts und stellt sich auf das Naturrecht, nämlich die Gewalt. Jetzt muß der einzelne Mensch mit seinem bloßen Naturrecht auf seine Kosten leben, wie weit er kommt, und daß er damit nicht weit kommt, dafür verweise ich auf die Gefängnisse. Die Sozialdemokratie, weil sie den Staat nicht anerkennt, steht also überhaupt nicht auf dem Boden des bürgerlichen Rechts, sondern des Naturrechts oder der Gewalt und dieser Gewalt kann nur das Naturrecht oder die Gewalt des Staats entgegengestellt werden. Sie fordert den Staat zum Zweikampf heraus und bellagt sich nachher, daß der Staat auf die Herausforderung antwortet und seine Waffen gebraucht. Ich meine deshalb, daß das hohe Haus über die erforderlichen Maßregeln nicht so orientirt ist wie die Regierung, die doch allein die Verantwortung trägt. Es ist daher ein großer Widerspruch, wenn der Reichstag der Regierung auch nur das Mindeste von den Befugnissen verweigert, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe gebraucht. Ich betrachte dieses Gesetz nicht sowohl als ein Recht, sondern als eine heilige Pflicht zu Gunsten der arbeitenden Klassen und ich bitte Sie noch in letzter Stunde, die Vorlage in einer Fassung anzunehmen, welche der Regierung genehm ist.

Abg. Singer: Ich muß anerkennen, daß Herr Gehlert sich zwar als guter Genosse bemüht, uns im ersten Theile seiner Rede zu vertheidigen; im großen Ganzen aber haben wir keine Veranlassung, ihm für seine Genossenschaft dankbar zu sein. Wenn Herr Gehlert die kaiserliche Botschaft als Sozialismus bezeichnet hat, so wird ihm darin im Hause Niemand widersprechen. Aber kein Geringerer als Fürst Bismarck selber hat anerkannt, daß gerade wir Sozialisten es sind, denen die Anregungen zu verdanken sind, auf Grund deren überhaupt die kaiserliche Botschaft ergangen ist. Ohne Sozialdemokraten war eben keine Nothwendigkeit für die herrschenden Parteien vorhanden, die Sozialreform in die Hand zu nehmen. Wenn die herrschenden Klassen und vor allem die verbündeten Regierungen frei von allen Rücksichten wären, so könnten sie etwas Besseres auf dem Gebiete der Sozialreform schaffen, als sie jetzt schaffen werden und schaffen wollen. Auf den metaphysischen Vortrag des Herrn Gehlert will ich nicht weiter eingehen. In unseren Augen bleibt das ganze Sozialistengesetz eine Anwendung von Gewalt ohne eine Spur von Recht, und wir wundern uns darüber gar nicht einmal, wie der Herr Vorredner anzunehmen scheint. Wir würden uns überhaupt an dieser Debatte gar nicht betheiligen, wenn es uns nicht darauf ankäme, Ihnen bei dieser Gelegenheit zu zeigen, daß Sie nicht auf dem Boden des Rechts, sondern auf dem der Gewalt stehen, und wenn Herr Gehlert selber zugestehet, daß die Anwendung des Sozialistengesetzes nur die Anwendung von Gewalt ist, so nehmen wir von dieser seiner Erklärung sehr gern Akt. Die Sozialdemokratie und die Erreichung ihrer Ziele ist aber nicht abhängig von der Gewalt des Einzelnen, sondern sie wird sich vollziehen als notwendige Folge der weiter fortschreitenden Entwicklung der Gesellschaft, und die Verwirklichung unserer Ziele wird eintreten, wenn die heutige Gesellschaftsordnung zusammengebrochen sein wird. Sie wird zusammenbrechen in dem Augenblicke, wo die Frucht reif ist. Die nächste Revolution quillt nicht mehr, sie erpopt. (Hört, hört! rechts.) Es ist sogar auf die von der Regierung vorgelegten Denkschriften hingewiesen worden, um daraus einen Grund für die Verlangung des Sozialistengesetzes herzuzunehmen. Dieses Maß von Verschidenheit habe ich nicht, und ich glaube auch nicht, daß der Reichstag so genügend sein wird. Sogar daraus wird uns ein Vorwurf gemacht, daß wir Wahlkomitees bilden und Wahlfonds sammeln. Dann ist es vielleicht besser, daß man überhaupt nicht mehr diskutiert, denn selbst unter der heutigen Staatsordnung ist uns das Wahlrecht und das Recht, Wahlfonds zu sammeln, garantirt. Gerade an unserer Wahlbetheiligung erkennen Sie deutlich den Versuch auf gütlichem Wege unsere Ziele durchzusetzen, und darauf sollten Sie nicht mit einer That der Gewalt antworten. Nein, wir thun Ihnen den Gefallen nicht, Hochverrath zu treiben, wir kämpfen bis zum letzten Mann, wir benutzen alle Mittel, welche die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung uns giebt, um unseren Bestrebungen zum Siege zu verhelfen. Und die Verantwortlichkeit, Millionen des Volks mit Gewalt trotzdem zu unterdrücken, die überlassen wir Ihnen. Sogar die Fachvereine hat man zur Verschärfung des Gesetzes herangezogen und gesagt, innerhalb dieser Fachvereine habe die Sozialdemokratie festen Boden gefaßt. Wer aus den vielfachen Verhandlungen des Hauses absolut nichts lernen will, dem ist eben nicht zu helfen. Wie oft ist schon darauf hingewiesen, daß diese Fachvereine an sich mit der Sozialdemokratie gar nichts zu thun haben. Unter dem Vorgeben, die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie treffen zu wollen, will man in

